

BAND 58

# Das Progressiv-konservativ-Paradox

## Vier Beiträge über Verändern und Bewahren

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung





# **DAS PROGRESSIV-KONSERVATIV-PARADOX**



**HEINRICH BÖLL STIFTUNG  
SCHRIFTEN ZUR DEMOKRATIE  
BAND 58**

# **Das Progressiv-konservativ-Paradox**

Vier Beiträge über Verändern und Bewahren

**Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung**



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:  
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de> Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Das Progressiv-konservativ-Paradox – Vier Beiträge über Verändern und Bewahren  
Band 58 der Schriftenreihe Demokratie  
Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

Gestaltung: feinkost Designnetzwerk, C. Mawrodiew (basierend auf Entwürfen von State)  
Druck: ARNOLD group, Großbeeren  
Titelphoto: © Sebastian Wells/Ostkreuz  
ISBN 978-3-86928-225-1

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin  
**T** +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** buchversand@boell.de **W** www.boell.de

# INHALT

|   |           |
|---|-----------|
| Vorwort und Einleitung  | 6         |
| Die Autorinnen und Autoren  | 8         |
| Franziska Meifort   |           |
| <b>Was bedeutet «progressiv»?</b>   | <b>9</b>  |
| Thomas Biebricher   |           |
| <b>Was bedeutet «konservativ»?</b>  | <b>17</b> |
| Jens Hacke  |           |
| <b>Vom Bewahren und Verändern – Konjunkturen des Konservatismus</b>       | <b>26</b> |
| Grit Straßenberger  |           |
| <b>Vom Verändern – Die sinnstiftende Funktion politischer Erzählungen</b> | <b>34</b> |

# VORWORT UND EINLEITUNG

So deutlich wie selten steht uns gegenwärtig die Doppelfigur von «Verändern/Bewahren» und «progressiv/konservativ» als politische Herausforderung vor Augen. Die in dieser Publikation versammelten Beiträge beleuchten das Beziehungsgeflecht zwischen den vier Begriffen aus unterschiedlichen Perspektiven. Dabei eint sie eine gemeinsame Erkenntnis: Politische Orientierung kann aus diesen Begriffen nur gewinnen, wer sie ins Verhältnis zueinander und zu ihrem Umfeld setzt.

Normativ betrachtet macht es einen Unterschied ums Ganze, ob etwa im Namen der «hergebrachten Ordnung» Veränderung abgewehrt und eine diskriminierende Praxis bewahrt werden soll – oder ob sich das Bewahren auf den Schutz errungener Freiheiten und deren institutionelle Absicherung bezieht, was in der liberalen Demokratie immer den Schutz von Minderheiten einschließt.

Ist «[...] zu achten und zu schützen [...]» vor diesem Hintergrund eine konservative Maxime oder eine progressive? Vor wenigen Wochen haben sich Bündnis 90/Die Grünen ein neues Grundsatzprogramm gegeben und es unter diesen Titel gestellt. Das Zitat aus Artikel 1 des Grundgesetzes verdeutlicht, einerseits, eine Lerngeschichte der bündnisgrünen Bewegung und Partei im Hinblick auf die Funktion «staatlicher Gewalt» in der Demokratie. Hatte das Bewahrende in der grünen Ideengeschichte seinen Ort bisher vor allem im ökologischen Denken – in einem «ökologischen Wertkonservatismus» (Jens Hacke) –, so gilt dies zunehmend auch für die Bewertung der repräsentativen Demokratie und ihrer Institutionen. Denn der Titel des Grundsatzprogramms ist, andererseits, Ausdruck einer Krisenwahrnehmung. Der Blick zurück in die Geschichte und stärker noch «seitwärts» auf die «Shrinking Spaces» in anderen Ländern hat die Einsicht wachsen lassen, dass es viel «Achtens- und Schützenswertes» in diesem Land gibt und dass es zu seinem Erhalt gerade auch auf das bewahrende Engagement der Veränderungswilligen ankommt.

Erst aus dem Rückhalt in einem gemeinsamen republikanischen Selbstverständnis kann die Gesellschaft der Vielen die Kraft schöpfen, um existentiell nötige Veränderungen anzugehen, allen voran jene, die sich hinter der kühlen Vokabel der «Klimaneutralität» verbirgt. Die Megaaufgabe wird das Denken und Handeln einer ganzen politischen Generation bestimmen, die für das Gelingen der Transformation auf starke gesellschaftliche Bindekräfte angewiesen ist.

Die Kontextbedürftigkeit der Doppelfigur von «Verändern/Bewahren» und «progressiv/konservativ» zeigt sich aber nicht nur in substantieller Hinsicht, also in der Frage nach dem «Was», auch wenn sie im politischen Diskurs meist im Vordergrund steht. Die Herausforderung für die «Generation Klima» verweist bereits aufs «Wie» und damit auf die zweite, prozedurale und zeitliche Dimension des Verhältnisses von «Verändern/Bewahren» und «progressiv/konservativ». Auch



in dieser Hinsicht sind sich die vier zu diesem Band Beitragenden zumindest soweit einig, dass mit dem «Wie» das letztlich triftigere Unterscheidungskriterium zwischen konservativem und progressivem Denken benannt ist.

Die prozedurale Dimension – wie sie von Jens Hacke und Thomas Biebricher mit Blick auf den Konservatismus und von Franziska Meifort für den Progressivismus diskutiert wird – betrifft etwa die Beweislast und damit die Frage, wie «im Zweifel» zu entscheiden sei: Die Konservative sieht die Beweislast auf Seiten der Veränderung, die Progressive bei jenen, die es beim Status quo belassen wollen. Grit Straßenberger zeigt, dass es gerade beim progressiven Primat der Veränderung dabei wesentlich auf die unterstützende Begründung durch eine politische Erzählung ankommt.

Das «Progressiv-konservativ-Paradox» verweist mithin im Kern auf die Notwendigkeit einer Kontextualisierung der Leit- und Streitbegriffe des Politischen in Zeit und Raum. Für die politische Ideengeschichte als akademische Disziplin mag diese Einsicht inzwischen ein alter Hut sein. Doch die Vermittlungs- und Übersetzungstätigkeit der politischen Stiftungen setzt damit überhaupt erst ein: Orientierung zu geben verlangt, die aktuelle Konstellation in zeitdiagnostischer Absicht nachzuvollziehen, sich dafür Rechenschaft darüber abzulegen, welche Wege von der eigenen politischen Strömung beschritten wurden (und welche nicht!), und aus dieser Rekonstruktion äußerer wie eigener Impulse eine attraktive Erzählung für eine gelingende Zukunft zu gewinnen.

Für eine solche Arbeit legen die vier vorliegenden Beiträge wichtige begriffs- und ideengeschichtliche Grundlagen. Damit schreibt die Publikation ein von Peter Siller als damaligem Leiter der Inlandsabteilung der Heinrich-Böll-Stiftung begonnenes Gespräch fort. Im Juni 2019 erschien von ihm der böll.brief «Politische Orientierung in der Zeit: Zum Verständnis einer politischen Erzählung». Im September 2019 fand dann zum «Progressiv-konservativ-Paradox» ein gemeinsam mit der Stiftung Mercator ausgerichtetes Gesprächsforum mit rund 50 Gästen statt. Dank dafür gebührt dem Projektzentrum Berlin und insbesondere Wolfgang Rohe als zuständigem Geschäftsführer der Stiftung Mercator. Bei der Veranstaltung sprachen außer den hier versammelten Autorinnen und Autoren auch Tarek Al-Wazir, Hessischer Wirtschaftsminister und Stellvertretender Ministerpräsident, Christoph Möllers, Professor für Verfassungsrecht und Rechtsphilosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin, und Ellen Ueberschär als Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

Mit dieser Veröffentlichung soll das begonnene Gespräch noch einmal in eine größere interessierte Öffentlichkeit getragen werden. Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie hat den Diskurs über politische Orientierungsfragen nur kurzfristig suspendiert, um ihn inzwischen umso dringlicher erscheinen zu lassen. In diesem Sinne: Fortsetzung folgt!

Berlin, im Dezember 2020

Dr. Roman Léandre Schmidt

*Leitung Programmlinie Demokratie und Gesellschaft  
Heinrich-Böll-Stiftung*

## DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

**Prof. Dr. Thomas Biebricher** ist Politikwissenschaftler mit dem Schwerpunkt Politische Theorie. Promotion an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg 2003 mit einer Dissertation zur «Selbstkritik der Moderne. Habermas und Foucault im Vergleich». Biebricher hat mehrere Professuren für Politische Theorien vertreten, u.a. von 2014 bis 2017 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er war Postdoktorand am Exzellenzcluster «Normative Ordnungen», für das er zwischen 2009 und 2012 bereits eine Nachwuchsforschungsgruppe leitete. Seit 2020 ist er Associate Professor an der Copenhagen Business School. 2018 erschien sein Buch *Geistig-moralische Wende: Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus*, Anfang 2021 folgte *Die politische Theorie des Neoliberalismus*.

**PD Dr. Jens Hacke** ist Politikwissenschaftler und Historiker. Zurzeit vertritt er die Professur für Vergleichende Politische Kulturforschung an der Universität der Bundeswehr München. Er wurde an der Humboldt Universität Berlin promoviert (2005) und habilitiert (2017). Zuletzt erschien 2018 sein vielbeachtetes Buch *Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit*.

**Dr. Franziska Meifort** ist seit 2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Nach Auslandsaufenthalt in den USA und in Großbritannien arbeitete sie im Deutschen Bundestag, in einem DFG-Projekt an der Freien Universität Berlin sowie im Bundesarchiv Koblenz, wo sie den Nachlass von Ralf Dahrendorf erschlossen hat. Ihre mit dem Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnispreis ausgezeichnete Dissertation an der Freien Universität Berlin über den liberalen Intellektuellen Ralf Dahrendorf erschien 2017 unter dem Titel *Ralf Dahrendorf. Eine Biographie*.

**Prof. Dr. Grit Straßenberger** ist seit Oktober 2015 Professorin für Politische Wissenschaft am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn. Sie war zwischen 1998 und 2001 Promotionsstipendiatin der Heinrich-Böll-Stiftung. 2004 promovierte sie an der Humboldt-Universität zu Berlin mit einer politiktheoretischen Dissertation über narrativ-hermeneutische Ansätze in der politischen Theorie. Zwischen 2003 und 2013 hatte sie mehrere Stellen als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Vertretungsprofessuren im Bereich der politischen Theorie inne. 2013 wurde sie an der Humboldt-Universität zu Berlin habilitiert. Von ihr erschien zuletzt 2020 in zweiter Auflage die Einführung *Politische Theorie und Ideengeschichte* (mit Herfried Münkler).

# Was bedeutet «progressiv»?

## VIER THESEN

«Der moderne Mythos des Fortschritts ist die Vermutung, daß die Menschen und ihre Gesellschaften besser gedeihen werden, wenn sie die Freiheit besitzen, die Maxime Kants zu befolgen und nicht einer Autorität, sondern der eigenen Vernunft trauen.»<sup>1</sup>

Während die ideen- und begriffsgeschichtliche Auseinandersetzung mit dem Konservatismus aktuell einen Höhepunkt erlebt,<sup>2</sup> ist die Diskussion um den Begriff des Progressiven theoretisch kaum entwickelt. Es ist zugleich das Mehrdeutige, Schillernde dieses «Universalbegriffs» (Koselleck), das ihn so spannend und vielseitig verwendbar macht.

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, den Begriff «progressiv» anhand von vier Thesen zu fassen. Diese nehmen erstens Bezug auf die Begriffsgeschichte, grenzen zweitens «progressiv» von anderen Begriffen ab, suchen drittens den internationalen Vergleich und stellen schließlich viertens einige Überlegungen zur aktuellen Bedeutung und Verwendung des Begriffs an.

### **I. «Progressiv» ist ein Universalbegriff, der per se inhaltsleer ist. Sein inhaltliches Vakuum provoziert einen ideologischen Besetzungszwang und macht ihn zugleich so attraktiv.**

«Progressiv» leitet sich ab vom französischen Wort «progressif», welches wiederum von «progrès», also vom «Fortschreiten» kommt. Damit hat der Begriff «eine physische und eine räumliche Komponente, die – durch den Vollzug des Schreitens – zeitlich angereichert ist»<sup>3</sup>. «Progressiv» kann sowohl «fortschrittlich» im Sinne

- 1 Wright, Georg Henrik von: Der Mythos des Fortschritts, in: ders.: Erkenntnis als Lebensform, Wien u.a. 1995, S. 273.
- 2 Vgl. zuletzt u.a. Steber, Martina: Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980, Berlin/Boston 2017; Liebold, Sebastian/Schale, Frank (Hg.): Neugründung auf alten Werten? Konservative Intellektuelle und Politik in der Bundesrepublik, Baden-Baden 2017; Biebricher, Thomas: Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus, Berlin 2018.
- 3 Koselleck, Reinhart: «Fortschritt», in: ders./Brunner, Otto/Conze Werner (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, korr. Studienausgabe, Stuttgart 2004 [1975], S. 351–423, hier S. 351.

von «modern» als auch «fortschreitend, sich steigernd» (bspw. ein progressiver Steuersatz oder eine sich progressiv entwickelnde Krankheit) bedeuten. Hier interessiert die erste, politische Bedeutung des Begriffs. Sie wird im deutschen Sprachraum aus dem Englischen entlehnt und taucht ab Mitte des 19. Jahrhunderts auf. Zeitgleich entwickelt sich der Begriff «Fortschritt» als politisches Schlagwort.<sup>4</sup>

Vom Begründer der Begriffsgeschichte, dem Historiker Reinhart Koselleck, wissen wir, dass Wortschöpfungen immer einen Erfahrungs- und Bewusstseinswandel anzeigen. In diesem Fall ist es die Abkehr von einem zirkulären Geschichtsverständnis. Bis ins 18. Jahrhundert diente vor allem der Begriff «Fortgang» zur Beschreibung einer Entwicklung, welcher auch auf einen zyklischen Ablauf bezogen werden konnte. «Fortgang», ist ebenso wie «Wandel», «Wachstum» oder «Entwicklung» zunächst wertfrei und beinhaltet nicht zwingend eine Veränderung zum Besseren. Mit der Wende zum 19. Jahrhundert galt die Vergangenheit nun als andersartig – nämlich schlechter – als die Zukunft, die zur Projektionsfläche für erwartete positive Entwicklungen wurde. Geschichte wurde nicht mehr als etwas aufgefasst, das sich wiederholt, sondern als etwas einmaliges und einzigartiges, das sich entwickelt und zwar vorwärts.<sup>5</sup> Die optimistische Grundauffassung, dass durch das menschliche Handeln selbst eine Befreiung aus der eigenen Unmündigkeit im Sinne Kants möglich sei, kann man, dem finnischen Philosophen Georg Henrik von Wright folgend, als das eigentliche Signum der Moderne ansehen.<sup>6</sup> Angesichts von Entwicklungen wie der Industrialisierung, des Ausbaus von Kommunikations- und Verkehrswegen und der Evolutionstheorie Darwins schien der Fortschritt in Wirtschaft, Technik, Industrie und Forschung förmlich greifbar zu sein. Der britische Historiker Eric Hobsbawm hat den Fortschritt sogar als *das* dominierende Konzept des 19. Jahrhunderts bezeichnet.<sup>7</sup>

Der Begriff «Fortschritt» steht also für ein teleologisches Verständnis von Menschheitsgeschichte. Trotz dieser Gerichtetheit ist der Fortschritt nicht finalisiert, sondern grundsätzlich offen. Auch deshalb fehlt dem Begriff jede inhaltliche Klarheit. Es bleibt diffus, welcher Fortschritt gemeint ist: Was soll denn nun besser

---

4 Der Begriff «Fortschritt» ist ein neuzeitlicher Begriff und kommt schon etwas eher als «progressiv», nämlich mit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert zunehmend im deutschen Sprachraum, vor. Er stammt ebenfalls vom französischen «progrès», entwickelt sich aber relativ unabhängig vom Französischen. Koselleck, Fortschritt, S. 389. Zur Unterscheidung von Progressivismus und Fortschritt vgl. Mäder, Dennis: Fortschritt bei Marx, Berlin 2010, S. 49: «Der Progressivismus hat die Funktion, bestimmte Fortschrittsinhalte als Botschaft zu transportieren, in der Hoffnung auf deren praktische Umsetzung.»

5 Koselleck, a.a.O., S. 389.

6 Wright, a.a.O., S. 262–295.

7 Hobsbawm, Eric: The Age of Capital. 1848–1875, London 2004, S. 296. Kritisch dazu: Mäder, a.a.O., S. 51.

werden? Was ist das Ziel des Fortschritts?<sup>8</sup> Dieser Befund gilt gleichfalls für den Begriff «progressiv».

Die Tatsache, dass weder «Fortschritt» noch «progressiv» in den Wörterbüchern des 19. Jahrhunderts auftauchen, zeigt, dass sie nicht zu für Geschichte und Politik theoretisch anspruchsvollen Begriffen aufrückten, sondern ein geringes Reflexionsniveau behielten. Durch die häufige Verwendung als politische Schlagwörter entwickelten sie sich jedoch zu unhinterfragten Leitbegriffen mit hohem Allgemeinheitsanspruch, der sie individuell prägnant machte. Gerade ihre Unschärfe ermöglicht die selbstreferenzielle Nutzung der Begriffe. Die Fortschrittsgläubigkeit beruht auf der Überzeugung, «Vollstrecker desselben Fortschritts zu sein, an den man glaubt».<sup>9</sup>

Durch diese Selbstreferenzialität war der Fortschrittsbegriff ab Mitte des 19. Jahrhunderts von allen politischen Richtungen besetzbar. So nahmen ihn ganz unterschiedliche Gruppen für sich in Anspruch. Bereits 1847 verwendete Robert Blum den Begriff der «Fortschrittmänner» für seine radikalen Mitkämpfer der demokratischen Revolution,<sup>10</sup> und auch für Marx und Engels war der Begriff des Fortschritts – mit Rückgriff auf Hegel – zentral.<sup>11</sup> In dieser Tradition ist der Sozialismus eine Fortschrittsideologie mit umfassendem Anspruch. Sinnbildlich wird dies in den bekannten Zitaten von Erich Honecker «Vorwärts immer, rückwärts nimmer!» oder: «Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf». Vor allem aber wurde der «Fortschritt» nach der gescheiterten Revolution 1848/49 zu einer Losung, die die Linksliberalen bewusst für sich in Anspruch nahmen, als sie sich 1861 in Preußen zur Deutschen Fortschrittspartei zusammenschlossen. Diese Partei erhob typisch liberale Forderungen: die nationalstaatliche Einheit, Rechtsstaatlichkeit und unabhängige Rechtsprechung. Später spaltete sich die Partei in die für den deutschen Liberalismus charakteristische Trennung von Nationalliberalen und Sozialliberalen. Der Fortschrittsbegriff blieb dabei mit der sozialliberalen Partei verbunden.

Wie sehr «Fortschritt» jedoch ein Perspektivbegriff blieb, dessen Richtung und Ziel stets vom politischen und sozialen Standpunkt des Verwenders abhingen, zeigt sich daran, dass sich der Begriff nicht allein auf den Linksliberalismus beschränken ließ. Selbst Konservative beanspruchten den Begriff für sich, so etwa Reichskanzler Bernhard von Bülow, der 1907 forderte: «Nicht Rückschritt und nicht Stillstand, sondern Fortschritt.»<sup>12</sup> Auch die NSDAP reklamierte den Fortschritt für sich. Zugleich war sie keine fortschrittliche, sondern eine brutale

---

**8** Freilich fehlt es nicht an Versuchen der Systematisierung, etwa in verschiedene Dimensionen des Fortschritts wie epistemisch, ökonomisch, sozial, politisch, die jedoch prinzipiell grundsätzlich erweiterbar sind. Vgl. Nullmeier, Frank: Ende oder Erneuerung des Fortschritts?, in: *Neue Politische Literatur*, 64, 2019, S. 461–480, hier S. 464f.

**9** Koselleck, a.a.O., S. 412. Vgl. auch ebd., S. 387–388 und 407.

**10** Blum, Robert (Hg.): *Fortschrittmänner der Gegenwart*. Eine Weihnachtsgabe, Leipzig 1847.

**11** Dazu umfassend: Mäder, a.a.O.

**12** Zitiert nach Nipperdey, Thomas: *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. II, *Machtstaat vor der Demokratie*, München 2013 [1992], S. 732.

Modernisierungspartei, die in revolutionärer Art und Weise das Rechtssystem in sein Gegenteil verkehrte, ein neues Gesellschaftssystem einführte und politische Gegner verfolgte. Diese Feststellung führt zur zweiten These:

## **II. «Progressiv» beschreibt einen Fortschritt, der sich selbst wieder einhegt.**

Der Fortschritt will nicht die revolutionäre Umwälzung. Progressiv ist also nicht radikal und auch nicht revolutionär. Fortschritt hat als Gegenbegriffe nicht nur Rückschritt oder Stillstand, sondern auch den der Revolution.<sup>13</sup> Radikale Revolutionäre benennen sich selbst nicht als progressiv. Der Anführer der Studentenbewegung der 1960er-Jahre, Rudi Dutschke, wollte keinen Fortschritt, sondern die Revolution; er war nicht progressiv, sondern revolutionär.

Fortschritt findet schreitend, also prozesshaft statt. Es handelt sich um eine moderate, evolutionäre, geordnete Veränderung, wie sie die Liberalen seit dem 19. Jahrhundert befürworten. Doch auch zu «liberal» lässt sich – trotz vieler assoziativer Übereinstimmungen – «progressiv» abgrenzen. Zwar wurden und werden die Begriffe oft synonym verwendet, aber progressiv ist nicht per se liberal: Im Namen des Fortschritts können auch illiberale Beschränkungen der persönlichen Freiheit durchgesetzt werden, etwa das Tracking von Bewegungsprofilen und Gesundheitsdaten, wie es derzeit zur Eindämmung der Corona-Pandemie in Deutschland diskutiert und einigen asiatischen Ländern praktiziert wird.

## **III. «Progressiv» ist ein relationaler Begriff, er ist also abhängig von seinem Bezugssystem.**

Wie eingangs erwähnt fand der Begriff «progressiv» als politischer Begriff durch die Entlehnung aus dem Englischen seinen Weg ins Deutsche. Dazu ist anzumerken, dass das englische Wort «progressive» – ebenso wie das englische «liberal» – eine weitaus «linkere» Konnotation hat als im Deutschen. Bereits seit den 1880er-Jahren wandelte sich der Begriff im angloamerikanischen Sprachraum immer mehr vom eher neutralen «fortschrittlich» zu «nach Wandel und Innovation strebend, avantgarde, liberal»; im sozial-politischen Feld auch «Reformen befürwortend, radikalliberal».<sup>14</sup>

Daran hatte in den USA die Interpretation des Liberalismus durch John Dewey ebenso ihren Anteil wie die politischen Programme, die bis heute mit dem Begriff des «Progressiven» verbunden werden.<sup>15</sup> Die «Progressive Era» steht für die Durchsetzung von sozialen und politischen Reformen der 1890er- bis 1920er-Jahre unter

<sup>13</sup> Das lateinische «revolutio» heißt im Wortsinn «das Zurückwälzen».

<sup>14</sup> Harper, Douglas: progressive, in: ders.: Online Etymology Dictionary, 2001–2019, [www.etymonline.com/word/progressive](http://www.etymonline.com/word/progressive), Zugriff: 22.11.2019. Als Substantiv taucht «progressive» zuerst 1865 als Bezeichnung einer Person, die sozialen und politischen Wandel im Namen des Fortschritts befürwortet, auf. Vgl. auch progress, in: The Concise Oxford Dictionary of English Etymology, Oxford UP 1986 und Williams, Raymond: progressive, in: ders.: Keywords. A Vocabulary of Culture and Society. Revised Edition, New York 1983, S. 243–245.

<sup>15</sup> Vgl. Reese-Schäfer, Walter: Liberalismus, in: Salzborn, Samuel (Hg.): Handbuch Politische Ideengeschichte. Zugänge – Methoden – Strömungen, Stuttgart 2018, S. 164–173, hier S. 168.

den US-Präsidenten Theodore Roosevelt und Woodrow Wilson. Sie wurde gefolgt vom «New Deal», den Wirtschafts- und Sozialreformen der 1930er-Jahre unter Franklin D. Roosevelt, sowie der «Great Society», dem Reformprogramm von Lyndon B. Johnson, in den 1960er-Jahren. Diese Reformprogramme gingen in ihrer staatlichen Lenkung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt weit über das hinaus, was als klassischer Liberalismus zu verstehen wäre. Seit den 1990er-Jahren entwickelte sich «progressive» dann in den USA als neuer, unverbrauchter Begriff, mit dem sich Politiker der linken Mitte vom durch das gegnerische Lager diskreditierten Begriff des «liberal» abzugrenzen suchten.<sup>16</sup>

Auch in Großbritannien war «progressive» seit den 1920er-Jahren oftmals gleichzusetzen mit «links» bzw. «sozialistisch». Zugleich – und hier bestätigt sich das Kosellecksche Axiom des ideologisch besetzbaren Universalbegriffs – benutzten zuletzt auch die Tories den Begriff für ihre 2009 noch unter David Cameron ins Leben gerufene Bewegung, die sich mit dem Oxymoron «Progressive Conservatism» benennt.<sup>17</sup> Ihre Ziele Fairness, Chancengleichheit, Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Sicherheit klingen denn auch so universal, dass fast jede parteipolitische Richtung sie unterschreiben würde.<sup>18</sup> Zeitgleich benannte sich die Sozialistische bzw. Sozialdemokratische Fraktion des EU-Parlaments in «Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament» um und nahm damit den Begriff «progressiv» von links in Anspruch. Auch die 2013 auf Betreiben des damaligen SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel gegründete «Progressive Allianz» reklamierte den Begriff für sich. Der in die politische Mitte gerückten Neugründung der geschichtsträchtigen «Sozialistischen Internationale» gehören nun über 80 sozialistische, sozialdemokratische und progressive Parteien an; neben der englischen Labour Party auch die amerikanische Democratic Party, die einer «Sozialistischen Internationale» sicherlich nie beigetreten wäre.

#### **IV. Progressive haben einen Erwartungsraum zu füllen und müssen daher mehr imaginieren und größeren rhetorischen Aufwand betreiben als Konservative, die sich an einem – vermeintlich bekannten – Erfahrungsraum orientieren. Progressive brauchen ein Programm.**

Der Begriff «progressiv» orientiert sich an einem Erwartungshorizont. Er ist optimistisch auf die Zukunft gerichtet, er will etwas gestalten und ist prinzipiell offen. «Konservativ» hingegen bezieht sich auf das Vertraute und baut auf einen vermeintlich vorhandenen gemeinsamen Erfahrungsraum. Konservative müssen nichts erklären oder rechtfertigen, weil sie für das Bekannte eintreten. Progressive

---

**16** Brociner, Ken: Liberals, Progressives and the Left, in: In These Times, 2.3.2008, [http://inthesetimes.com/article/3555/the\\_american\\_left\\_liberals\\_progressives\\_and\\_the\\_lef](http://inthesetimes.com/article/3555/the_american_left_liberals_progressives_and_the_lef), Zugriff: 30.7.2019. Vgl. auch Oxford English Dictionary Online: «progressive», 3. Ausgabe 2007, [www.oed.com/view/Entry/152244?redirectedFrom=progressive#eid](http://www.oed.com/view/Entry/152244?redirectedFrom=progressive#eid), Zugriff: 22.11.2019.

**17** Vgl. Letwin, Oliver: How liberal is progressive Conservatism?, in: *New Statesman*, 4.2.2009, [www.newstatesman.com/uk-politics/2009/02/progressive-conservatism](http://www.newstatesman.com/uk-politics/2009/02/progressive-conservatism), Zugriff: 22.11.2019.

**18** Auch in Kanada existierten die Progressive Conservatives als Mitte-Rechts-Partei, seit 2003 unter dem Namen Conservative Party of Canada.

hingegen müssen erläutern, wohin der Fortschritt, für den sie eintreten, eigentlich führen soll.

Wenn Reinhart Koselleck von einem «Besetzungszwang» des Fortschrittsbegriffs spricht, dann meint er damit, dass der «fortschrittliche Erwartungsraum» je nach sozialem oder politischem Standpunkt ideologisch gefüllt werden muss. Zugleich bleibt der Fortschritt als moderner Bewegungsbegriff stets ideologiekritisch hinterfragbar.<sup>19</sup> Nicht zuletzt die teleologische Gerichtetheit des Begriffs hat immer wieder ihre Kritiker gefunden. Der Bericht des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums und der Ölschock in den 1970er-Jahren lösten eine Krise des Glaubens an unaufhaltsamen Fortschritt und Wachstum aus. Die politische Planungseuphorie der 1960er- und 1970er-Jahre wurde von der Ökobewegung der 1980er-Jahre nachhaltig in Frage gestellt.<sup>20</sup> Seit etwa 2015 erlebt die Postwachstumsdiskussion im Angesicht von Kapitalismuskritik und Klimawandel einen weiteren Höhepunkt und stellt damit den Progressivismus vor neue Herausforderungen.<sup>21</sup>

In ähnlicher Weise wie die Diskussion um Ressourcen und Wirtschaftswachstum wurde in den 2000er-Jahren die Fortschrittserzählung in Bezug auf die Demokratie in Frage gestellt. Spätestens mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wurde «dem Westen» schmerzhaft bewusst, dass er eben nicht am «Ende der Geschichte» (Fukuyama) angekommen war, sondern dass das westliche Demokratiemodell kein weltweiter Selbstläufer ist. Aktuell erleben wir eine Krise der liberalen Demokratie in den westlichen Ländern selbst. Das Bewusstsein für diese Krise produziert auch Verlustängste. Freiheit, Gleichheit und Demokratie erscheinen nicht mehr als Selbstverständlichkeit, sondern als etwas Schützenswertes, das verloren zu gehen droht.<sup>22</sup>

Indes: Nur wer etwas erreicht hat, kann etwas verlieren. Für wen aber gilt der erreichte Fortschritt? Für viele in der Bundesrepublik gibt es gute Gründe, recht zufrieden zu sein mit dem Erreichten der letzten Jahrzehnte; sei es die Liberalisierung, die Demokratisierung, die erweiterten Teilhabechancen, die Bildungsexpansion oder der gewachsene Wohlstand. Aber was ist mit denen – in Deutschland, in Europa, in anderen Teilen der Welt – für die diese Errungenschaften nicht gelten? Was heißt es vor diesem Hintergrund, heute «progressiv» zu sein, und wie sollte der Begriff gefüllt werden, damit er kein Leerbegriff bleibt?

Anhänger der liberalen Demokratie sollten die Besetzung des Begriffs keinesfalls denen überlassen, die «progressiv» heute mit dem Konservatismus verknüpfen,

<sup>19</sup> Koselleck, a.a.O., S. 417.

<sup>20</sup> Vgl. auch Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz: Nach dem «Boom». Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008. Die Fortschrittsskepsis hält sich bis heute: Vgl. u.a. Wright, Ronald: Eine kurze Geschichte des Fortschritts, Reinbeck 2016.

<sup>21</sup> Prominent und radikal vertreten durch den Volkswirt Niko Paech, u.a. in: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München 2012.

<sup>22</sup> Etwa bei Siller, Peter: Politische Orientierung in der Zeit. Zum Verständnis einer politischen Erzählung, in: böll.brief Demokratie & Gesellschaft #14, Juni 2019. Aktuell zur Debatte: Möllers, Christoph: Freiheitsgrade, Berlin 2020.



um damit die Verteidigung der Privilegien weniger zu erreichen.<sup>23</sup> Der grundlegende Unterschied zwischen den Begriffen «progressiv» und «konservativ» liegt nämlich in der Haltung: Progressive betrachten das Glas als halb voll, sie sehen die Chancen, den Wandel zu nutzen, um Verbesserungen für viele zu erreichen. Damit sehen sie Veränderungen nicht als Bedrohung, sondern als Grundvoraussetzung menschlichen Zusammenlebens an. Für Konservative hingegen ist das Glas bereits halb leer, sie fürchten den Verlust und verwenden ihre Energie darauf, das Erreichte zu sichern. Diese Einstellung führt jedoch zur Beschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten und der Bevorzugung bereits privilegierter Gruppen.

«Progressiv» heißt, etwas verändern und damit *bewusst* gestalten zu wollen. Im Progressiven steckt das Bekenntnis für eine selbstbestimmte, vernunftorientierte und optimistische Zukunftsgestaltung. Es ist ein Appell für eine Politik, die die Gesellschaft offenhält und Zukunftsvisionen entwickelt, die eine Verbesserung der Lebenschancen aller Bürgerinnen und Bürger zum Ziel hat.

---

**23** Diese Position findet sich beispielhaft bei Mai, Klaus-Rüdiger: Progressiver Konservatismus, in: Tichys Einblick, 5.12.2018, [www.tichyseinblick.de/meinungen/progressiver-konservatismus](http://www.tichyseinblick.de/meinungen/progressiver-konservatismus), Zugriff: 22.11.2019.

# LITERATUR

- BIEBRICHER, Thomas: Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus, Berlin 2018.
- BLUM, Robert (Hg.): Fortschrittmänner der Gegenwart. Eine Weihnachtsgabe, Leipzig 1847.
- BROCINER, Ken: Liberals, Progressives and the Left, in: In These Times, 2.3.2008, [http://inthesetimes.com/article/3555/the\\_american\\_left\\_liberals\\_progressives\\_and\\_the\\_lef](http://inthesetimes.com/article/3555/the_american_left_liberals_progressives_and_the_lef), Zugriff: 30.7.2019.
- DOERING-MANTEUFFEL, Anselm/Raphael, Lutz: Nach dem «Boom». Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.
- FUKUYAMA, Francis: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992.
- HARPER, Douglas: Online Etymology Dictionary, 2001–2019, [www.etymonline.com/word/progressive](http://www.etymonline.com/word/progressive), Zugriff: 22.11.2019.
- HOBBSAWM, Eric: The Age of Capital. 1848–1875, London 2004.
- KOSSELLECK, Reinhart: «Fortschritt», in: ders./Brunner, Otto/Conze, Werner (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, korr. Studienausgabe, Stuttgart 2004 [1975].
- LETWIN, Oliver: How liberal is progressive Conservatism?, in: *New Statesman*, 4.2.2009, [www.newstatesman.com/uk-politics/2009/02/progressive-conservatism](http://www.newstatesman.com/uk-politics/2009/02/progressive-conservatism), Zugriff: 22.11.2019.
- LIEBOLD, Sebastian/Schale, Frank (Hg.): Neugründung auf alten Werten? Konservative Intellektuelle und Politik in der Bundesrepublik, Baden-Baden 2017.
- MÄDER, Dennis: Fortschritt bei Marx, Berlin 2010.
- MAI, Klaus-Rüdiger: Progressiver Konservatismus, in: *Tichys Einblick*, 5.12.2018, [www.tichys-einblick.de/meinungen/progressiver-konservatismus](http://www.tichys-einblick.de/meinungen/progressiver-konservatismus), Zugriff: 22.11.2019.
- MÖLLERS, Christoph: Freiheitsgrade, Berlin 2020
- NIPPERDEY, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. II, Machtstaat vor der Demokratie, München 2013 [1992].
- NULLMEIER, Frank: Ende oder Erneuerung des Fortschritts?, in: *Neue Politische Literatur*, 64, 2019, S. 461–480.
- OXFORD ENGLISH DICTIONARY ONLINE, 3. Ausgabe 2007, [www.oed.com/view/Entry/152244?redirectedFrom=progressive#eid](http://www.oed.com/view/Entry/152244?redirectedFrom=progressive#eid), Zugriff: 22.11.2019.
- PAECH, Niko: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München 2012.
- REESE-SCHÄFER, Walter: Liberalismus, in: Salzborn, Samuel (Hg.): Handbuch Politische Ideengeschichte. Zugänge – Methoden – Strömungen, Stuttgart 2018, S. 164–173.
- SILLER, Peter: Politische Orientierung in der Zeit. Zum Verständnis einer politischen Erzählung, in: *böll.brief Demokratie & Gesellschaft* #14, Juni 2019.
- STEBER, Martina: Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980 Berlin/Boston 2017.
- THE CONCISE OXFORD DICTIONARY OF ENGLISH ETYMOLOGY, Oxford UP 1986.
- WILLIAMS, Raymond: Keywords. A Vocabulary of Culture and Society. Revised Edition, New York 1983.
- WRIGHT, Georg Henrik von: Der Mythos des Fortschritts, in: ders.: Erkenntnis als Lebensform, Wien u.a. 1995.
- WRIGHT, Ronald: Eine kurze Geschichte des Fortschritts, Reinbeck 2016.

# Was bedeutet «konservativ»?

Die Frage nach der Bedeutung des Konservativen und wie es sich von seinem vermeintlichen Widerpart, dem Progressiven, abgrenzen lässt, treibt nicht nur die CDU-Basis und Winfried Kretschmann um.<sup>1</sup> Denn heute, in einer Zeit, die sich in den Augen vieler Beobachter/innen nicht zuletzt dadurch auszeichnet, dass über Jahrzehnte etablierte Ordnungsmuster des Politischen erodieren, steht grundsätzlich in Frage, inwieweit altehrwürdige Begrifflichkeiten und Gegensätze, die den politischen Raum erkenn- und unterteilbar machten, überhaupt noch Orientierung zu bieten vermögen.

Was bedeutet es also, konservativ zu sein, und bedeutet es insbesondere und gerade, nicht progressiv zu sein?

Konservative aller Couleur sind sich weitgehend einig, dass es problematisch ist, vom Konservativen im Allgemeinen zu sprechen, da der Konservatismus wie kaum eine andere Ideologie von seinem jeweiligen Kontext geprägt ist. Obwohl dies in vielerlei Hinsicht zutrifft, soll hier dennoch das Wagnis unternommen werden, aus der Vielfalt der konservativen Erfahrungswelten bestimmte grundlegende Gemeinsamkeiten herauszudestillieren, ohne dem Konservatismus die Gewalt der Abstraktion anzutun, vor deren Folgen ja gerade Konservative immer wieder eindringlich warnen.

## Pole des Konservativen I: die normative Natürlichkeit

Mein Vorschlag einer Begriffsklärung beruht auf der Unterscheidung zweier Pole, zwischen denen sich konservative Theorie und Praxis bewegen. Zum einen handelt es sich hier um einen substanziellen Pol, den ich als *normative Natürlichkeit* bezeichnen möchte; zum anderen um einen prozeduralen Pol, der sich als *erfahrungsbasierter Inkrementalismus* etikettieren ließe. Meine These lautet, dass sich alle noch so spezifischen Varianten des Konservatismus im ideologischen Koordinatenfeld zwischen diesen beiden Polen abtragen lassen, was auch impliziert, dass Konservativsein immer Elemente beider Pole beinhaltet, die nämlich systematisch aufeinander angewiesen sind.

Beginnen wir mit dem *substanziellen Pol*, der unmittelbar an den konventionellen oder gar klischeehaften Vorstellungen von Konservatismus ansetzen kann.

1 Kretschmann, Winfried: Worauf wir vertrauen können. Für eine neue Idee des Konservativen, Frankfurt am Main 2018.

Intuitiv verbindet sich das Konservative mit dem Willen zur Bewahrung, was sich schon allein aus der Etymologie des Begriffs ergibt. Die konservative Kernintuition besteht demnach im Versuch, den Status Quo aufrechtzuerhalten. Doch auch wenn es zunächst nach einer einfachen und klaren Position klingt, erweist sich dieses Unterfangen auf den zweiten Blick als ebenso voraussetzungsreich wie frustrierend. Denn selbst als Erzkonservativer geht es schließlich kaum ums Bewahren an sich – was ja auch aus den Verteidigern des real existierenden Sozialismus Konservative machen würde. Vielmehr geht es darum, bestimmte Aspekte des Status quo zu erhalten, was sofort die für den substantiellen Konservatismus zentrale Frage aufwirft, worin diese Aspekte bestehen. Die verschiedenen Antwortmöglichkeiten lassen sich unter dem Begriff der *normativen Natürlichkeit* zusammenfassen: Konservativem Denken geht es letztlich um die Verteidigung einer guten Ordnung, die als natürliche verstanden wird, und zwar dahingehend, dass sie nicht menschgemacht ist und von menschlichen Akteuren allenfalls bedingt veränderbar ist. In den verschiedenen Ausprägungen des Konservatismus finden sich unterschiedliche theoretische Bezugspunkte für diese natürliche Ordnung, sei es die Religion, die Anthropologie, die Geschichte oder auch die Soziologie. Was jenen Ordnungsvorstellungen aber in all ihrer Vielfalt gemein ist, ist ein hierarchisches Strukturprinzip, aus dem sich ein ausdrücklich anti-egalitäres Bild des Sozialen ergibt, etwa was Familien- oder Geschlechterverhältnisse angeht.<sup>2</sup>

Die Stärke dieser zentralen Begründungsfigur des substanziellen Konservatismus besteht in ihrer Verklammerung des Natürlichen mit dem Guten: Weil bestimmte Verhältnisse von Natur her so und nicht anders sind, sind sie normativ wünschenswert. Jeder Versuch, sie zu ändern, ist letztlich keine soziale Auseinandersetzung, z.B. zwischen Privilegierten und Entrechteten, sondern ein geradezu metaphysischer Kampf gegen die Natur der Dinge selbst – und dementsprechend, wenn überhaupt, dann nur um den Preis zivilisierten Lebens zu gewinnen, das nämlich erst durch diese natürliche Ordnung ermöglicht wird. Hier geht es nicht um widerstreitende Wertvorstellungen, sondern um Einsicht in die natürliche Notwendigkeit. Ein Beispiel wäre die konservative Philosophische Anthropologie Arnold Gehlens, die 1940 den Menschen als Mängelwesen bestimmt. Aus dessen Instinktungebundenheit ergeben sich zwar einerseits eine Fülle von Handlungsmöglichkeiten, die aber andererseits drohen, den einzelnen in eine lähmende Überforderung zu stürzen. Deshalb bedarf es aus Gehlens Perspektive starker und stabiler Institutionen, allen voran der Staat, die den einzelnen vom übermächtigen Handlungsdruck entlasten und dem Individuum bis zu einem gewissen Punkt die Entscheidungen abnehmen. Nur dementsprechend durch eine stabile institutionelle Ordnung *entmächtigt* ist der einzelne lebensfähig, und nur so können auch Zivilisationen entstehen, die aber laut Gehlen durch Forderungen nach individueller Autonomie und Egalitarismus aufs Spiel gesetzt werden.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> Vgl. Robin, Corey: Der reaktionäre Geist. Von den Anfängen bis Donald Trump, Berlin 2018.

<sup>3</sup> Gehlen, Arnold: Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt, Berlin 1940.

Die Schwäche dieser konservativen Begründungsfigur wiederum besteht darin, dass natürliche Ordnungen zunächst einmal hochabstrakte Vorstellungen sind, aus denen sich nicht ohne weiteres konkrete politische Positionen und Handlungs-Maximen ableiten lassen. Dies ist der Grund, warum der Konservatismus mehr noch als die anderen großen ideengeschichtlichen Grundströmungen des Liberalismus und des Sozialismus reaktiv ausgelegt ist, und daraus speist sich auch seine eingangs erwähnte ausgeprägte Kontextabhängigkeit. Das konservative Denken wird, zugespitzt formuliert, erst durch die konkreten Herausforderungen des Status quo durch Radikalreformen oder Revolutionen aktiviert. Die genauen Konturen der zu verteidigenden natürlichen Ordnung werden nämlich erst in dem Moment für die Konservative erkennbar, wenn sie in Frage gestellt werden. Es ist von daher bezeichnend, dass am Beginn der Formation im eigentlichen Sinn konservativer Diskurse Edmund Burkes kritische Reaktion auf die Französische Revolution steht. Der irischstämmige Intellektuelle Burke, der später auch als Politiker im britischen Unterhaus mit rhetorisch brillanten Reden für Furore sorgte, war in seinen inhaltlichen Positionen schillernd, und es ist bis heute umstritten, ob er als unzweideutiger Ahnherr des Konservatismus gelten kann. Unumstritten ist aber, dass seine Kritik der Revolution stilbildend für den Konservatismus weit über den britischen Kontext hinaus wirkte.<sup>4</sup>

### **Zu spät ... Die Tragik des Konservativen**

Doch die konservative Reaktivität birgt ein schwerwiegendes Problem: Da der Konservatismus typischerweise erst aktiviert wird, wenn bestimmte gesellschaftliche Zusammenhänge in Frage gestellt werden, sind seine Bemühungen oftmals vergeblich, da sie schlichtweg zu spät kommen. Die in Zweifel gezogenen Verhältnisse sind dann nämlich oftmals bereits nicht mehr Teil des Bestehenden, sondern des bereits Vergehenden, das dann nur noch künstlich aufrechterhalten werden kann. Damit ist es aber nicht mehr im eigentlichen Sinn Teil der natürlichen Ordnung, deren normative Pointe ja gerade in ihrer Nicht-Künstlichkeit bestand.

Daraus ergibt sich die charakteristische Tragik des Konservatismus, der bei allem Willen zur Bewahrung des Natürlichen doch nur Künstliches produziert. Noch schwerwiegender ist die Tatsache, dass sich der Konservatismus immer wieder mit der Situation konfrontiert sieht, dass bestimmte als Teil der guten Ordnung verstandene Aspekte des Status quo irgendwann trotz aller Rettungsversuche verschwinden. Umgekehrt werden bestimmte Elemente Teil des Status quo, von denen man immer wieder zumindest behauptet hatte, dass sie mit der natürlichen Ordnung unvereinbar seien. Damit sieht sich die Konservative immer wieder genötigt, einen neuen Status quo zu verteidigen zu müssen, obwohl er bestimmte Aspekte beinhaltet, gegen die man womöglich jahrelang angekämpft hat. Ein markantes Beispiel im deutschen Kontext ist die Neupositionierung des Nachkriegskonservatismus,

---

<sup>4</sup> Burke, Edmund: Über die Französische Revolution. Betrachtungen und Abhandlungen, Berlin 1991 [1793].

der die altkonservative Kritik der liberalen Demokratie entschlossen hinter sich lässt und letztere kurzum zur neuen Geschäftsgrundlage erklärt. Die hierfür erforderlichen schmerzhaften Anpassungsprozesse der eigenen Position und die damit verbundenen erheblichen kognitiven Dissonanzen machen den Konservatismus zu einer Weltanschauung, die ihren Anhängern regelmäßig ein beträchtliches Maß an Frustrationsbewältigung abverlangt, deren Strategien von der elegischen Kontemplation auf der einen Seite bis zum aktivistischen Umschlag in die Militanz des Reaktionärs auf der anderen Seite reicht, der damit aber eben auch das Reich des genuin Konservativen hinter sich lässt. Denn diese Militanz, der es gemäß dem Diktum des «Konservativen Revolutionärs» Arthur Moeller van den Bruck darum geht, erst «Dinge zu schaffen, die zu erhalten sich lohnt»,<sup>5</sup> hat den bewahrenden Grundimpuls der Konservativen zumindest suspendiert: Wo jene im Zweifelsfall für eine staatstragende Duldsamkeit votiert und sich mit dem veränderten Status quo abfindet, schwelgt die Neue Rechte, die sich ja bisweilen auch das Label des Bürgerlich-Konservativen anheften möchte, in Umsturzfantasien, in denen das morsche Gebäude der liberalen Demokratie eingerissen werden muss, um das «Volk» vom Joch der «Altparteien» und dem Milieu des dekadenten Gutmenschentums zu befreien. Dies unterscheidet das genuin Konservative von der Neuen Rechten beziehungsweise dem, was heute mit dem Begriff Rechtspopulismus bezeichnet wird. Mit andere Worten: Die AfD ist nicht konservativ.

Wohl nicht zuletzt aufgrund dieser Schwierigkeiten, die sich aus der Leitidee einer Verteidigung normativer Natürlichkeit ergeben, neigen manche Variationen des Konservatismus stärker dem anderen, prozeduralen Pol zu.

## **Pole des Konservativen II: der erfahrungsbasierte Inkrementalismus**

Ausgangspunkt eines eher prozedural orientierten Konservatismus ist die ausdrückliche Anerkennung des Faktums gesellschaftlichen Wandels. Muss der substanzielle Pol zwangsläufig den Eindruck erwecken, den Status Quo in manchen seiner Aspekte schlichtweg zementieren zu wollen, um sich dann regelmäßig in tragischen weil erfolglosen Rettungsaktionen wiederzufinden, lässt sich der prozedurale Pol auf das ewige Werden ein und verlagert die Aufgabe der Konservativen auf die Gestaltung der Modalitäten von als unausweichlich angesehenen Wandlungsprozessen. Daraus ergibt sich als Kernfrage dieses Pols des konservativen Denkens die nach dem angemessenen Leitbild für Veränderungen. Es kann dem Begriff des erfahrungsbasierten Inkrementalismus auf den Punkt gebracht werden. Das Bekenntnis zum inkrementellen, also schrittweisen Wandel lässt sich zunächst als pragmatisches Zugeständnis an die schwer zu bestreitende fundamentale Dynamik der Welt verstehen: Wenn deren Läufe schon nicht angehalten werden können, dann sollen sie wenigstens weitest möglich gebremst werden.

Doch damit erschöpfen sich die Vorzüge des Inkrementalismus aus konservativer Perspektive noch nicht. Denn wenn sich der Blick der Konservativen auf

5 Moeller van den Bruck, Arthur: Das dritte Reich, Hamburg 1931 [1923], S. 264.

gesellschaftliche Zusammenhänge richtet, dann sieht sie eine verwinkelte Architektur des Sozialen, deren Statik schon durch kleinste Verschiebungen gefährdet werden kann. Umso angemessener erscheint vor diesem Hintergrund das schrittweise Reformieren, da zumindest im Idealfall nach jedem Schritt empirisch geklärt werden kann, ob die gewollten Ziele erreicht wurden, und vor allem, inwiefern ungewollte Auswirkungen eingetreten sind, mit denen man nicht gerechnet hatte. Und gerade im Hinblick auf letztere verbindet sich mit der immer nur schrittweisen Reform als konservative Idealpraxis die Hoffnung, dass diese aufgrund ihrer Kleinteiligkeit immer auch ein Stück weit reversibel bleibt. Die inkrementelle Gestaltung gesellschaftlichen Wandels wäre dann im besten Fall auch zu Selbstkorrekturen fähig und in der Lage, aus Fehlern zu lernen. Man denke zum einen etwa an die sehr langsame, aber doch kontinuierliche Weiterentwicklung familienpolitischer Positionen in der Union, die den gesellschaftlichen Entwicklungen immer ein wenig hinterherhinkt, diese letztlich aber doch nachvollzieht. Zum anderen könnten man an Angela Merkels Reaktion auf das Atomunglück von Fukushima denken, als sie in der ersten Stellungnahme festhielt: «Die Ereignisse in Japan lehren uns, das alles, was nach wissenschaftlichen Maßstäben für unmöglich gehalten wurde, doch möglich werden könnte», woraus sie folgerte, dass nun ein Umlenken in der Atompolitik erforderlich sei – obwohl die Laufzeiten gerade erst von der schwarz-gelben Regierung verlängert worden waren.

Aus Fehlern zu lernen heißt, die empirische Realität anzuerkennen, und so kommt nun die zweite Komponente des konservativen Leitbilds ins Spiel, der es um eine realitäts- bzw. erfahrungsbasierte Reformpraxis geht. Dies bedeutet zum einen, dass der konservative Wandel immer die Erfahrungen der Vergangenheit mit in seine Betrachtungen einbeziehen muss: Auch wenn das Bewährte womöglich umgestaltet werden muss, so sollen doch diese Reformen auf dem Bewährten aufbauen. Zum anderen glaubt die Konservative eben an das Faktische und ist überzeugt, dass die Beurteilung des Bestehenden, aber auch der Auswirkungen von Reformen auf der Grundlage von empirischen Evidenzen vorgenommen werden sollte. Am Beispiel der Corona-Krise lässt sich deutlich erkennen, wer sich noch zu den Konservativen zählen lässt, und wer, wie ein beträchtlicher Teil der Republikaner in den USA zynischem Opportunismus, Verschwörungstheorien und politischem Wunschenken den Vorzug gibt und sich damit aus dem genuin konservativen Lager verabschiedet hat.

### **Abrupt: der Albtraum des Konservativen**

Im Umkehrschluss ist das Bekenntnis zum erfahrungsbasierten Inkrementalismus eine dezidierte Absage an alle Transformationsprozesse, die in ihrer abrupten Drastik, aber auch ihrer Reichweite revolutionären Charakter haben. Großflächige Veränderungen, die von heute auf morgen ins Werk gesetzt werden, sind der Albtraum des Konservativen, der sich sicher ist, dass auch die positivsten Resultate radikalen Wandels letztlich von den nicht vorhergesehenen negativen

Auswirkungen in den Schatten gestellt werden: Jeder Segen verwandelt sich unweigerlich in einen Fluch.

Schlimmer kann es aus konservativer Sicht dann nur noch kommen, wenn es sich bei den anvisierten Radikalreformen auch noch um die Reißbrettentwürfe von Leuten handelt, denen es an Erfahrung und Praxis aus erster Hand mangelt. Diese machen sich des antiken Lasters der Hybris schuldig, indem sie die Lehren der Vergangenheit missachten und das kollektive Wissen, das in Sitten und Institutionen über Jahre oder gar Jahrhunderte hinweg gespeichert wurde, in den Wind schlagen und stattdessen auf die Kraft ihrer eigenen Vernunft vertrauen – und diese damit aus konservativer Sicht auf fatale Weise überschätzen: Während die Robbespierres aller Parteien und Zeiten fest von der unbegrenzten Gestaltbarkeit der Welt ausgehen und damit immer auch eine Macht- und Kontrollphantasie ausleben, klagt die Konservative die erforderliche Demut gegenüber der Unverfügbarkeit und Widerständigkeit jener Welt ein, die sich der revolutionären Ingenieurskunst immer wieder verschließt und entzieht – oder auf völlig unerwartete Weise zurückschlägt und so die Pläne der Brachialgestalter immer wieder in ihr Gegenteil verkehrt. Mit anderen Worten: Die Konservative weiß, dass es nicht nur die *bekannt* Unbekannten in der Gleichung der gesellschaftlichen Veränderung gibt, die man vermeintlich immer noch kontrollieren oder zumindest einkalkulieren kann, sondern auch das, was der bisweilen philosophisch disponierte Donald Rumsfeld einst als «unknown unknowns» bezeichnete.<sup>6</sup>

Aber selbst wenn man konzidiert, dass der revolutionäre Reformeifer mitunter seine eigenen Potentiale zum Besseren überschätzt, inklusive der Leistungs- und Einsichtsfähigkeit der individuellen und kollektiven Vernunft, so steht dem auf konservativer Seite eine nicht minder problematische Vernunftskepsis gegenüber, die sich bei aller prosaischen Faktenorientierung sogar bisweilen zu einer ausdrücklichen Bereitschaft zum Irrationalismus auswachsen kann: Dem kalten Intellekt des Rationalismus werden dann Gefühle, Intuitionen und Werte gegenübergestellt, die man auf nicht näher bezeichnete Art und Weise aus dem eigenen Bauchgefühl ableitet.

## Gärtnerkonservatismus

Und so ist es letztlich konsequent, wenn das Leitbild konservativer Wandlungsprozesse uns abermals auf das Reich einer gerade *nicht* von der Vernunft angekränkelten *Natur* verweist. Denn das entsprechende Ideal ist das organischer Wachstumsprozesse, die nicht nur auf das Bestehende aufbauen, sondern auch in ihrer Langsamkeit das Gebot des Inkrementalismus erfüllen. Die archetypische Figur, die solche organischen Wachstumsprozesse begleitet, ist eben nicht der

<sup>6</sup> Vgl. zur Unterscheidung von «known unknowns» und «unknown unknowns» auch Bröckling, Ulrich: Dispositive der Vorbeugung. Gefahrenabwehr, Resilienz, Precaution, in Daase, Christopher/Offermann, Philipp/Rauer, Valentin (Hg.): Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr, Frankfurt am Main 2012, S. 93–108.



Sozialingenieur, sondern jemand, der sich auf die Kunst der Kultivierung versteht; der lenkt, ohne dass das hierfür erforderliche Biegen der Sprösslinge letztlich zum Bruch führt; es ist, mit einem Wort, die Gärtnerin. Wenn vor diesem Hintergrund der deutsche Nachkriegskonservatismus aus der rechten Ecke bisweilen als «Gärtnerkonservatismus» geschmäht wurde, dann war dies zwar polemisch gemeint, in der Sache aber gar durchaus zutreffend.<sup>7</sup>

Doch der prozedurale Konservatismus des Gärtners kann auch eine aktivistische Wendung nehmen, wenn man nämlich die Logik der Gestaltung des Wandels bis zum prophylaktischen Ende denkt, womit wir uns langsam in jene paradoxe Zone bewegen, in denen entgegen dem bisherigen Anschein, konservativ und progressiv keine kategorialen Gegensätze mehr darstellen. Auf den Punkt gebracht wird dieser Konservatismus der prophylaktischen Anpassung im Roman *Der Leopard* von Giuseppe Tomasi di Lampedusa. Der adlige Titelheld formuliert sein persönliches konservatives Credo inmitten der Umbrüche im Italien des 19. Jahrhunderts in den Worten: Es muss sich alles ändern, damit alles so bleiben kann, wie es ist. Die Geschichte des Konservatismus bekräftigt die Bedeutung dieser Dimension des prozeduralen Pols, der in vermeintlich stärkstem Gegensatz zu den Zementierungsversuchen seines substantiellen Pendants immerzu bewusst und kontrolliert die Dinge verändert – damit sie im Großen und Ganzen dann doch gleichbleiben können. Für den Mitbegründer der deutschsprachigen Soziologie, Max Weber, war Politik das heroische Bohren dicker Bretter, wie es in seinem berühmten Vortrag *Politik als Beruf* aus dem Jahr 1919 heißt. Für die Konservative ist es das beständige Drehen an kleinen Schrauben. Erst vor diesem Hintergrund werden die vermeintlich paradoxen Spielarten etwa des deutschen Konservatismus nachvollziehbar, deren Bandbreite ja interessanterweise von Erhard Eppler bis Franz-Josef Strauß reicht. Der ökologisch orientierte SPD-Vordenker Eppler, führte in den 1970er-Jahren die Unterscheidung von Struktur- und Wertkonservatismus ein, der gemäß sich letzterer zum Ziele der Realisierung bestimmter Werte sogar mit revolutionärem Elan verbinden können soll. Strauß wiederum verkündete als erzkonservativer CSU-Politiker auf einem Parteitag im Jahre 1968 im Brustton der Überzeugung: «Konservativ sein heißt, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren.»

## Probleme des prozeduralen Konservatismus I: der Neokonservatismus

Aber auch der prozedurale Konservatismus bringt gewisse Schwierigkeiten mit sich, von denen hier nur die wichtigsten zwei behandelt werden. Da ist zunächst die Problematik, die vor allem den Neokonservatismus betrifft, der sich etwa in Deutschland, USA und Großbritannien ab den frühen 1970er-Jahren nicht zuletzt in Reaktion auf die Turbulenzen von 1968 formiert: Denn der von Strauß formulierte Anspruch war weitaus selektiver gemeint, als er zunächst klingt. Fortschritt wurde hier nämlich ausschließlich auf die Sphären von Kapitalismus, Wissenschaft

<sup>7</sup> Vgl. Mohler, Armin: *Tendenzwende für Fortgeschrittene*, München 1978.

und Technik bezogen. In dieser Hinsicht hat sich etwa der deutsche Neokonservatismus (aber keineswegs nur dieser) einer bedingungslosen Modernität verschrieben, was weitreichende Implikationen hat: Nicht nur ging so den etablierten Kräften des Konservatismus *de facto* das urkonservative Thema des Naturschutzes verloren, der im Zweifelsfall immer hinter den Erfordernissen von Industrie, Forschung und kapitalistischen Verwertungsinteressen zurückstehen musste. Zudem ist so eine tiefe Inkonsistenz innerhalb der konservativen Weltanschauung aufgebrochen, die zwar einerseits «progressiv» ist, was Wissenschaft, Technik und Kapitalismus angeht, sich aber andererseits gesellschaftspolitisch und demokratietheoretisch gegen Modernisierungsversuche sträubt. Man könnte also soweit gehen zu sagen, dass dieser Konservatismus das Paradox von «progressiv» und «konservativ» in sich selbst aufgenommen und nun auszutragen hat. Wie schwierig dies ist, lässt sich mit einer Vielzahl von Beispielen belegen: Man denke etwa an die Familie, deren Integrität unter Konservativen höchste Priorität genießt. Dieser immer wieder idealisierte Familienzusammenhalt auf Grundlage des «Male breadwinner»-Modells wird aber nicht nur durch progressive Politik, sondern auch durch die Entwicklung des Kapitalismus selbst massiv in Frage gestellt. Stagnierende Reallöhne, wie sie über weite Strecken der letzten 30 Jahre in der OECD-Welt zu verzeichnen waren, machen aus dem Doppelverdienerhaushalt oft keine bewusst gewählte emanzipatorische Option als vielmehr eine ökonomische Notwendigkeit. Das wiederum zieht den Bedarf an flächendeckender frühkindlicher Betreuung nach sich, die von Konservativen die längste Zeit als dystopische Verstaatlichung der Kindererziehung im Geiste Margot Honeckers verteufelt wurde – und in Teilen weiterhin wird.

## **Probleme des prozeduralen Konservatismus II: der Orientierungsverlust**

Nun handelt es sich bei diesen Widersprüchlichkeiten um eine spezifische Konstellation des *neokonservativen* Prozeduralismus und seinem ungeklärten Nebeneinander von technophiler Fortschrittsorientierung oder gar Progressivität und gesellschaftspolitischer Beharrung. Doch der prozedurale Konservatismus insgesamt sieht sich darüber hinaus konfrontiert mit der nicht zu unterschätzenden Gefahr des Orientierungsverlustes. Denn nur allzu leicht wird aus dem ultrapragmatischen Programm des Auf-Sicht-Fahrens mit dem Fuß auf der Bremse ein *Muddling Through*, das den Eindruck völliger Beliebigkeit erweckt. Dann nämlich, wenn die Verbindung zwischen prozeduralem und substantiellem Pol gekappt wird und Geschwindigkeitsbegrenzungen in Sachen gesellschaftlicher Veränderung zum Selbstzweck werden, ohne dass noch erkennbar wäre, in *welche Richtung* diese Veränderungstendenzen gelenkt werden sollen, wozu es eben die Orientierung an bestimmten substanziellen Ordnungsvorstellungen bräuchte. Als ausschließlich prozedural geprägtes Programm erweckt der Konservatismus dann bisweilen den Eindruck einer prinzipienfreien Politik, die sich von Krise zu Krise laviert und in deren auf Dauer gestelltem Krisenmanagement auch die Unterscheidung von «konservativ» und «progressiv» eigentlich keine Rolle mehr

spielt. Entsprechend kommt dieses vermeintlich postideologische Problemlösen dann aber auch einer Bankrotterklärung des Konservatismus gleich. In einer von Großkrisen wie der Corona-Pandemie geprägten Zeit, kann eine solche Ausrichtung durchaus Erfolge verzeichnen, wenn es ihr gelingt, Sicherheit und Verlässlichkeit zu vermitteln, doch spätestens wenn es darum geht, die Post-Corona-Welt zu gestalten und mehr oder weniger weitreichende Schlüsse aus der Krise zu ziehen und diese im Rahmen von entsprechend ambitionierten Agenden umzusetzen, wird der Konservatismus Farbe bekennen und darlegen müssen, wohin die Reise denn gehen soll – wenn auch immer mit einem Fuß auf dem Bremspedal.

## LITERATUR

- BRÖCKLING, Ulrich: Dispositive der Vorbeugung. Gefahrenabwehr, Resilienz, Precaution, in Daase, Christopher/Offermann, Philipp/Rauer, Valentin (Hg.): Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr, Frankfurt am Main 2012, S. 93–108.
- BURKE, Edmund: Über die Französische Revolution. Betrachtungen und Abhandlungen, Berlin 1991 [1793].
- GEHLEN, Arnold: Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt, Berlin 1940.
- KRETSCHMANN, Winfried: Worauf wir vertrauen können. Für eine neue Idee des Konservativen, Frankfurt am Main 2018.
- MOELLER VAN DEN BRUCK, Arthur: Das dritte Reich, Hamburg 1931 [1923].
- MOHLER, Armin: Tendenzwende für Fortgeschrittene, München 1978.
- ROBIN, Corey: Der reaktionäre Geist. Von den Anfängen bis Donald Trump, Berlin 2018.

# Vom Bewahren und Verändern – Konjunkturen des Konservatismus

## Probleme der politischen Semantik

Es ist uns zur Gewohnheit geworden, die Frage nach Ideologien abgeklärt zu historisieren. Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus sind ohnehin im Zeitalter der Extreme ausgebrannt, aber auch Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus werden als Weltanschauungen des 19. Jahrhunderts begriffen und dienen kaum noch der Orientierung in der Gegenwart. Trotzdem bleiben sie als politische Semantik Bestandteil unserer politischen Alltagsverständigung. Alle Nekrologe oder Bankrotterklärungen der Großideologien bleiben jedoch merkwürdig folgenlos, weil «konservativ», «liberal» oder «sozialistisch» als Vehikel für die politische Kommunikation unentbehrlich scheinen. Wir geben nicht auf, diesen Begriffen Sinn verleihen zu wollen.

Sie dienen zur Validierung politischer Programmatik und dokumentieren die Bemühung um Reflexionstiefe. Wie anders ist es zu erklären, dass grüne Spitzenpolitiker zeitgleich beweisen wollen, konservativ und liberal zu sein<sup>1</sup> – Begriffe, die früher auf ihrem Index standen –, während Teile der SPD (und manche Intellektuelle) wieder Annäherungen an den lange totgesagten Begriff des Sozialismus versuchen, um ihn in frischem Gewand auferstehen zu lassen.<sup>2</sup> Für das ideologische Vokabular gilt also beides: Es bleibt von Überlieferungen und Vorurteilen geprägt und ist zugleich immer im Wandel begriffen, weil sich die politisch-soziale Semantik ständig verändert.

Die einfache Gegenüberstellung von progressiv und konservativ wiederum hat von jeher dazu gedient, im polemischen Sinne die politischen Fronten zu klären. Zwar lässt sich eine solche Dichotomie ideologischer Lagerbildung leicht aus den Angeln heben, denn mittlerweile sind nicht allein die sozialökonomischen Fragen Gradmesser für Fortschrittlichkeit. Andere Politikfelder sind hinzugetreten:

- 1 Vgl. etwa Vorstellung eines grünen Liberalismus bei Habeck, Robert: Wer wagt, beginnt. Die Politik und ich, 5. Aufl., Köln 2018, sowie Kretschmann, Winfried: Worauf wir uns verlassen wollen. Für eine neue Idee des Konservativen, Frankfurt am Main 2018.
- 2 Vgl. etwa die Einlassungen von Kevin Kühnert oder Saskia Esken. Eine alternative ideengeschichtliche Rekonstruktion ohne Marxismus/Leninismus findet sich bei Honneth, Axel: Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung, Berlin 2015.

Ökologie, Lebensführung, Gesundheitspolitik, gesellschaftlich-kulturelle Integration etc. Aber die Versuchung bleibt bestehen, sich in bestimmten gesellschaftspolitischen Lagen oder in Kombination spezifischer Thematiken als Garant für eine bessere Zukunft oder als Bewahrer historischer Errungenschaften zu präsentieren – eben in progressiver oder konservativer Absicht. Die Kunst der politischen Kommunikation besteht dann darin, ein bestimmtes politisches Paradigma zu entwickeln, das verschiedene Sachfragen zu Weltbildern und Einstellungen verknüpft. Wie plausibel diese geschnürten Ideologiepakete noch sind, bleibt in der momentanen Krise der Parteiendemokratie eine offene Frage.

Wir erleben zurzeit eine durch populistische Bewegungen induzierte Polarisierung der Politik, erkennen aber darüber hinaus die Bereitschaft, neue Konstellationen und Koalitionen auszuprobieren, die bestehende Gräben überwindet. Natürlich hat dies mit dem populistischen Widerstand gegen die etablierten Parteien zu tun. Es ist jedoch zu vermuten, dass sich die Parteienlandschaft auch ohne die AfD diversifiziert, d.h. die ehemaligen Volksparteien schrumpfen und müssen Dreier- bis Viererbündnisse mit den Grünen, der FDP oder der Linken.

Vor diesem Hintergrund stößt die Frage nach den politischen Modalitäten des Bewahrens und Veränderns auf neues Interesse und bleibt dabei eng verknüpft mit der vertrauten politischen Semantik, die schon immer eine Doppelfunktion hat: Sie dient als Waffe in der politischen Auseinandersetzung, zwingt aber gleichzeitig zu Definition und Reflexion, was bestimmte Begriffe wie konservativ und progressiv noch sinnvoll bezeichnen können und wie mit ihnen die Brücke zwischen Herkunft und Zukunft zu schlagen ist.

## Ideologische Fragen in der alten Bundesrepublik

Ein Blick in die alte Bundesrepublik mag helfen, um sich die für das «Provisorium» konstitutiven Dilemmata in Erinnerung zu rufen. Aus der bundesrepublikanischen Ausgangslage nach Weltkrieg und Holocaust erwachsen signifikante Pfadabhängigkeiten und begriffsgeschichtliche Brechungen. Das heikle Verhältnis zwischen Bewahrung und Veränderung verlangte der intellektuellen Begründung der Bundesrepublik einen ganz besonderen Konstruktivismus ab, denn «Stunde Null», politischer Neuanfang und Staatsgründung machten einerseits einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit notwendig, ereigneten sich andererseits aber unter klaren Vorgaben der Alliierten.

An der Bundesrepublik haftete der Makel der versäumten Selbstbefreiung und der ausgebliebenen Revolution.<sup>3</sup> Dass es buchstäblich kaum Bewahrenswertes zu geben schien, wird daraus ersichtlich, dass auch die Christdemokraten den Begriff des Konservatismus mieden wie der Teufel das Weihwasser. Die Narration von einem geschichtslosen Land, das sich im Schatten von Menschheitsverbrechen und nationaler Katastrophe erst mühsam seine eigene zustimmungsfähige

<sup>3</sup> Siehe dazu Hacke, Jens: Die Bundesrepublik als Idee. Zur Legitimationsbedürftigkeit politischer Ordnung, Hamburg 2009, S. 14–34.

Erfolgsgeschichte und damit seine Identität erarbeiten musste, entfaltete so ihre Attraktivität. Zwar erhob eine kritische Linke gegen die Adenauer-Republik früh den Vorwurf, restaurative Tendenzen zu stärken. Aber diese Attacken artikulierten eher ein allgemeines Unbehagen, das sich gegen die Rückkehr zu Weimarer Zuständen ebenso richtete wie gegen die fortwährende Präsenz von ehemaligen NS-Eliten und Mitläufern in Politik, Justiz, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Publizistik. Allerdings verbarg sich dahinter noch kein politisierbarer Konflikt, denn normativ blieb eine Restauration von vornherein desavouiert. Der Verdacht richtete sich vielmehr gegen jene, die das Grundgesetz nur als Fassade ansahen und an antidemokratischen Überzeugungen festhielten.

Erst die 1960er Jahre brachten eine Dynamisierung der politischen Kultur, die auch das ideologische Vokabular – notabene nach dem ausgerufenen «Ende der Ideologie» (D. Bell, R. Aron) im Jahrzehnt zuvor<sup>4</sup> – wieder aktivierte. Der gesellschaftliche Wandel stand unter dem Stern der Reform – sie wurde zum Signalwort für junge Intellektuelle, die in den Jahren von Spiegel-Affäre, Bildungsexplosion und Pop-Kultur für Modernisierung eintraten. Der Streit um die Geschwindigkeit manifestierte sich in der diffusen Sehnsucht der Achtundsechziger nach Revolution.

Vor diesem Hintergrund kann man die Jahre 1967–69 – von der «Studentenrevolution» bis zum «Machtwechsel» – auch als Inkubationszeit eines bundesrepublikanischen Liberalkonservatismus begreifen, also einer politischen Haltung, welche die oft karikierte f.d.G.O. («freiheitlich demokratische Grundordnung») bewahren wollte. Für Deutschland ein Novum: ein intellektueller Konservatismus auf dem Boden der Demokratie, ein liberaler Normalkonservatismus. Damit wurde die Gleichsetzung von antiliberaler Rechte und Konservatismus in Deutschland zum ersten Mal ausgehebelt. Auch für die Bundesrepublik galt fortan, dass Konservativsein in erster Linie eine Relation beschreibt – und keine Gegnerschaft zur Moderne. Unter den politischen Denkern waren nicht wenige reformerische Sozialdemokraten, die sich angesichts der linksradikalen Herausforderungen dem Begriff des Konservatismus näherten: Karl-Dietrich Bracher, Wilhelm Hennis, Hermann Lübke oder Kurt Sontheimer zählten zu ihnen. Der neulinken Forderung nach der Demokratisierung aller Lebensbereiche setzten sie die Entlastung durch Institution, die Verantwortlichkeit der Mandatsträger, Gewaltenteilung und die Betonung der bürgerlichen Freiheit entgegen.<sup>5</sup> Sie vertraten ein Modell der begrenzten Demokratie, die in der parlamentarisch-repräsentativen Form ihr Definitivum gefunden hatte.

Für die Umcodierung des Konservatismusbegriffs lassen sich weitere Belege finden. Es war übrigens der Sozialdemokrat Erhard Eppler, der Mitte der 1970er-Jahre die öffentliche Debatte über Struktur- und Wertkonservatismus in Gang brachte,

4 Aron, Raymond: *Opium für Intellektuelle oder die Sucht nach Weltanschauung*, Köln 1957, S. 362–384; Bell, Daniel: *The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in The Fifties* (1960), 2. Aufl., Cambridge 2001, S. 393ff.

5 Zur Typologie dieser liberalkonservativen Denker vgl. Hacke, Jens: *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*, 2. Aufl., Göttingen 2008; Schlak, Stephan: *Wilhelm Hennis. Szenen einer Ideengeschichte der Bundesrepublik*, München 2008.

eine zentrale Unterscheidung, wenn es um die relationalen und veränderlichen Komponenten des Konservatismus geht, denn nach dieser Lesart sind sogar orthodoxe Sowjetmarxisten struktur- und wertkonservativ zugleich. Überdies erweiterte sich das Bewusstsein konservativer Werte. Es ging nicht mehr nur um Autorität, Tradition, Familie, Religion oder Heimat, sondern auch die ökologische Bewegung speiste sich aus konservativen Quellen: Die Bewahrung der Schöpfung, der Naturschutz und die Ressourcenschonung konnten als konservative Anliegen aufgefasst werden.

Möglicherweise war es die lange Konjunktur von Modernisierungs- und Säkularisierungstheoremen, die das negativ konnotierte Bild des ewig gestrigen Konservativen mitgeprägt haben. Es überlebte im politischen Sprachgebrauch bis in die 1980er-Jahre. Wenn Franz Josef Strauß für den Konservativen reklamierte, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren, sorgte das noch für Irritation. Er sprach allerdings nur aus, was die Vordenker eines später so genannten technokratischen Konservatismus bereits seit den 1950er-Jahren konzipiert hatten: die Stabilisierung der Industriegesellschaft über technischen Fortschritt und die «Superstrukturen» einer durch Sachzwänge gekennzeichneten Moderne.<sup>6</sup> Diese Verpuppung des konservativen Stabilitätsdenkens, das nach haltenden äußeren Mächten sucht und diese nicht mehr in den Traditionen und autoritätsgebietenden Institutionen (Kirche und Obrigkeitsstaat) findet, wurde erst im Nachhinein erkannt, auch weil der Begriff «konservativ» selbst keine herausgehobene Rolle mehr spielte.

Jürgen Habermas hat – in Teilen zu Recht – einem solchen Konservatismus vorgeworfen, nur eine gleichsam halbierte Moderne zu kennen, nämlich reduziert aufs Technische, ohne ihre normativen Gehalte.<sup>7</sup> Auch diese Perspektivierung des Konservatismus liefert ein verzerrtes Bild, konnten gewisse konservative Denkströmungen doch für sich beanspruchen, gerade die Kapazitäten des Individuums und die menschlichen Grundbedürfnisse angesichts der beschleunigten Veränderungsprozesse ins Blickfeld zu rücken. Wie kann Wandel verträglich gestaltet werden? Diese Frage bewegte bereits einen der Gründungsväter des Konservatismus, den britischen Staatsphilosophen Edmund Burke, daran hat Thomas Biebricher in seiner gelungenen Konservatismusstudie erinnert.<sup>8</sup> Einem vernünftigen Konservativen geht es also stets um die Steuerungsfähigkeit des Wandels.

Veränderungen aufzuhalten oder gar die Uhr zurückzudrehen, diese reaktionäre Volte hatte sich in Deutschland spätestens seit der Konservativen Revolution verbraucht, deren destruktiver Aufstand gegen die liberale Moderne eher Verzweiflung als Programm war. Die Gleichsetzung des Konservatismus mit der politischen Rechten hat sich nach über sieben Jahrzehnten Demokratie in Deutschland weitgehend abgenutzt.

<sup>6</sup> Zum technokratischen Konservatismus immer noch Greiffenhagen, Martin: Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, Frankfurt am Main 1986, S. 316–346.

<sup>7</sup> Vgl. etwa Habermas, Jürgen: Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine Politische Schriften V, Frankfurt am Main 1985, S. 30–56.

<sup>8</sup> Biebricher, Thomas: Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus, Berlin 2018.

## Comeback des Konservativen

Wie schwer die Titulierung als Konservativer zur politischen Unterscheidung von links und rechts taugt, zeigt der Umstand, dass vom grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann bis zur AfD plötzlich alle konservativ sein wollen. Dies deutet auf eine Entideologisierung oder besser: eine Umformatierung des Begriffs hin, mit der sich neue und positive Attribute verbinden. Der Begriff dient nicht mehr der Diffamierung, sondern der Nobilitierung politischer Absichten. Wir haben eine schleichende Anthropologisierung des Konservatismusverständnisses erlebt. Mit «konservativ» werden sehr allgemeine Eigenschaften, oft positiv bewertete Tugenden, bezeichnet: Skepsis, Vorsicht, Pragmatismus, Common Sense, Ironiefähigkeit, Kultiviertheit, Besonnenheit, Geschichtsbewusstsein.<sup>9</sup>

Links wie rechts scheinen sich mit dem Label konservativ die Hoffnungen zu verbinden, Glaubwürdigkeit in der politischen Mitte zu gewinnen und das diffus positive Vorverständnis für sich zu nutzen. Dass die AfD damit die Radikalität ihrer Gegnerschaft zum «System» nur unzureichend verkleidet und vom völkischen Flügel ablenken möchte, wird schnell deutlich. Auf Seiten der Grünen wirkt der Anschluss an einen ökologischen Wertkonservatismus, der die Schöpfung und Lebensgrundlagen bewahrt, sowie das Bekenntnis, eine verfassungspatriotische Kraft zu sein, die die parlamentarische Demokratie wahrt, weitaus überzeugender.

Dass die Grünen mittlerweile auf eine eigene Erfolgsgeschichte zurückblicken können, in deren Verlauf sich zeigte, dass viele ehemals avantgardistische Positionen mittlerweile Gemeingut geworden sind, macht die Attraktivität von nunmehr konservativen Positionen plausibel. Das gilt nicht nur für die notwendige klimapolitische Wende und den zu etablierenden Vorrang ökologischer Fragen, sondern sogar für die Organisation als Partei. Lange wurden den Grünen die Flügelkämpfe zwischen Fundis und Realos, die Doppelspitze und die Trennung von Amt und Mandat als Schwächen ausgelegt. Mittlerweile zeigt sich, dass sich die Diskussionskultur ebenso bewährt hat wie die Verteilung der politischen Macht auf mehreren Schultern. Während die SPD das Modell der geteilten Spitze zu spät kopiert hat, wartet die Union weiterhin auf den Heilsbringer, der Partei und Land gleichzeitig führen und dazu noch eine zukunftsweisende Idee verkörpern soll. Die Grünen hingegen sind zum vorbildgebenden Modell geworden, indem sie den Wechsel der Führungsverantwortung als etwas Natürliches begreifen und so ein größeres Reservoir von geeigneten Amtsträgern aufgebaut haben als die anderen Parteien. Sie haben auf ihre Weise konservativ an Grundprinzipien festgehalten, bis gewisse Überzeugungen allgemein zustimmungsfähig wurden und sich bewährten. Auch dieses Lehrstück zeigt die situative Abhängigkeit des Konservativen: zu prüfen, was sich zu bewahren lohnt.

<sup>9</sup> Idealtypisch für einen solchermaßen reflektierten Konservatismus sind Oakeshott, Michael: Zuversicht und Skepsis. Zwei Prinzipien neuzeitlicher Politik, Berlin 2000, sowie Marquard, Odo: Abschied vom Prinzipiellen. Philosophische Studien, Stuttgart 1981.



## Möglichkeiten, den Wandel zu gestalten

Die eben beschriebene Begriffsverschiebung hat zumindest in der Gegenwart dazu geführt, dass der Konservatismusbegriff zwar umkämpft bleibt, weil seine erfolgreiche Nutzung Glaubwürdigkeitsprämien verspricht. Die allseitige Bemühung, in irgendeiner Weise konservativ zu sein, hat aber nichts mit der Aufhebung des politischen Streits zwischen links und rechts zu tun.

Das muss nicht für alle Zeiten so bleiben, denn der Konservatismus lebt politisch davon, eine Relation zu bezeichnen, also eine starke Verbindung zu einem Ordnungsmodell, zu Werten oder Traditionen herzustellen, um sie im Ernstfall zu verteidigen. Es könnten sich schon bald Konstellationen ergeben, in denen es notwendig wird, für Überzeugungen einzustehen und sie zu verteidigen, eben weil es etwas zu bewahren gilt und ihre hegemoniale Geltung in Gefahr ist. Menschenrechte, individuelle Freiheit und Lebenschancen avancieren dann aus westlicher Sicht zu konservativen Werten, die kulturellen Pluralismus eben nicht mit Relativismus gleichsetzen. Konservativ wäre es dann auch, mit den Mitteln des sozialen Rechts- und Wohlfahrtsstaats weiterhin für Chancengerechtigkeit zu sorgen und die gesellschaftlichen Kosten des Kapitalismus in Schranken zu halten. Man mag ein politisches System deshalb für sehr stabil halten, solange ein Grundkonsens zur Bewahrung des Vorhandenen einen revolutionären Konservatismus wie einst als politische Gegenbewegung überflüssig macht.

Vermutlich zeigt die neuerliche Konjunktur des Konservatismus ein gesteigertes Orientierungsbedürfnis an. Wenn mittlerweile das Fehlen einer neuen Idee oder einer politischen Vision beklagt wird, verdeutlicht dies die Verunsicherung, wohin sich die demokratischen Gesellschaften des Westens entwickeln sollen.<sup>10</sup> Die lange gepflegte Zielvorstellung von einem geeinigten Europa und von der Vertiefung der Demokratie auf allen Ebenen sind ebenso in die Krise geraten wie das aus dem Tritt geratene Modell sozialliberaler Gerechtigkeit, das einen gezähmten Kapitalismus durch Umverteilung erträglich macht. Langsam wird erkennbar, dass Fortschritt und materieller Wohlstand nicht mehr mit den bisher gepflegten Vorstellungen von Wachstum zu vereinbaren sind. Daraus erwachsen Ängste vor Statusverlust und das Bedürfnis, bisherige Besitzstände zu wahren. Die weltumspannende Pandemie tut ihr Übriges, um solche Befürchtungen zu verstärken. Allerdings hat die Corona-Krise auch zu einem unverhofften Comeback demokratischer Politik geführt. Nach jahrelanger Klage über Postdemokratie, Juristokratie und ein Regime des Sachzwangs ist nunmehr deutlich geworden, wie (überlebens-)wichtig vernünftige und rational begründete politische Maßnahmen sind. Angesichts einer nie zuvor erlebten (vorübergehenden) Beschränkung der bürgerlichen

---

**10** Vgl. etwa die düsteren Bestandsaufnahmen aus der angloamerikanischen Debatte: Runciman, David: *How Democracy ends*, London 2018; Mounk, Yascha: *Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht*, München 2018; Levitsky Steven/Ziblatt, Daniel: *Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können*, München 2018; Krastev Ivan/Holmes, Stephen: *Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung*, Berlin 2019.

Freiheitsrechte sollte den meisten klar geworden sein, wie konservierungsbedürftig, fragil und schützenswert die demokratische Lebensform ist.

Zur entscheidenden politischen Aufgabe wird es, Vertrauen in die Krisenbewältigungskompetenz zu vermitteln sowie den Bürgerinnen und Bürgern die Furcht vor Veränderung zu nehmen bzw. sie für die positiven Aspekte eines politisch gestalteten Wandels zu gewinnen. Dazu zählt eine Neuevaluation des Postmateriellen, das langsam auch für Liberale seinen Schrecken verlieren sollte, denn es handelt sich keineswegs um eine Umschreibung für Verzicht, sondern um eine neue Form verantwortungsbewusster Freiheit. Dazu zählt eben auch die Rücksichtnahme im Sinne des Gemeinwohls, wie sie die Corona-Maßnahmen allen Bürgerinnen und Bürgern abverlangen. Wichtiger als die Anhäufung von Gütern und Statussymbolen sind mittlerweile Flexibilitätsgewinne durch eine «shared economy» und ein erweitertes Freiheitsverständnis, das sich vom altliberal-hedonistischen Modell und traditionellen Wunschvorstellungen verabschiedet: Der Boom des Fahrrads lässt die Automobilität in den Städten alt aussehen; anstatt das Eigenheim in Schlafstädten zu besitzen, möchte man heute wieder den städtischen Raum bewohnbar machen; Ernährungsfragen wollen mit gutem Gewissen und ökologischer Landwirtschaft gelöst werden – um nur einige Aspekte rezenter Debatten zu nennen.

Möglicherweise hat auch die Erfahrung des Populismus eine heilsame Nebenwirkung. Indem wir begreifen, dass Demokratien weitaus fragiler sind, als wir lange anzunehmen geneigt waren, realisieren wir zugleich, dass Politik keineswegs alternativlos dem Diktat der Sachzwänge ausgeliefert ist. Genauso wie uns das erratische Regierungshandeln von Donald Trump und die Konsequenzen des Brexit das unvorhersehbare Moment demokratischer Entscheidungen vor Augen führen, lassen uns die Friday-for-Future-Bewegung und andere Grassroots-Movements erkennen, dass herkömmliche Parteienpolitik auf den Druck der Bürgerinnen und Bürger reagiert – und dass die Dinge eben doch in Bewegung geraten können. Auch Pfadabhängigkeiten sind in der Politik relativ, und die Gestaltungsspielräume bei weitem nicht ausgeschöpft.

Will man es optimistisch wenden, dann lassen sich in unserer Gegenwart genügend Anzeichen erkennen, dass um das «gute Leben», um das Gemeinwohl und um die Frage, wie unsere Gesellschaft in Zukunft aussehen kann, wieder leidenschaftlich nachgedacht und gestritten wird. Es steht eine Menge auf dem Spiel, und das kann nach langen Jahren der Agonie einer immer kleiner werdenden Großen Koalition eine vitalisierende Wirkung auf die Politik haben. Damit verbindet sich auch eine Hoffnung: Je intensiver um einsehbar existentielle Fragen gestritten wird, desto weniger Raum bleibt für die Politisierung von Irrationalismus und negativen Affekten.

# LITERATUR

- ARON, Raymond: Opium für Intellektuelle oder die Sucht nach Weltanschauung, Köln 1957.
- BELL, Daniel: The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in The Fifties (1960), 2. Aufl., Cambridge 2001.
- BIEBRICHER, Thomas: Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus, Berlin 2018.
- GREIFFENHAGEN, Martin: Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, Frankfurt am Main 1986.
- HABECK, Robert: Wer wagt, beginnt. Die Politik und ich, 5. Aufl., Köln 2018.
- HACKE, Jens: Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik, 2. Aufl., Göttingen 2008.
- HACKE, Jens: Die Bundesrepublik als Idee. Zur Legitimationsbedürftigkeit politischer Ordnung, Hamburg 2009.
- HABERMAS, Jürgen: Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine Politische Schriften V, Frankfurt am Main 1985.
- HONNETH, Axel: Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung, Berlin 2015.
- KRASTEV Ivan/Holmes, Stephen: Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung, Berlin 2019.
- KRETSCHMANN, Winfried: Worauf wir uns verlassen wollen. Für eine neue Idee des Konservativen, Frankfurt am Main 2018.
- LEVITSKY Steven/Ziblatt, Daniel: Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können, München 2018.
- MARQUARD, Odo: Abschied vom Prinzipiellen. Philosophische Studien, Stuttgart 1981.
- MOUNK, Yascha: Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht, München 2018.
- OAKESHOTT, Michael: Zuversicht und Skepsis. Zwei Prinzipien neuzeitlicher Politik, Berlin 2000.
- RUNCIMAN, David: How Democracy ends, London 2018.
- SCHLAK, Stephan: Wilhelm Hennis. Szenen einer Ideengeschichte der Bundesrepublik, München 2008.

# Vom Verändern – Die sinnstiftende Funktion politischer Erzählungen

Politisches Handeln erschöpft sich nicht in der Erhaltung des Status quo. Man kann den politischen Kampf um Macht zwar führen und zumindest kurzfristig auch gewinnen mit dem Versprechen, dass alles so bleibt wie es ist. Aber Politik und vor allem demokratische Politik ist mit der starken Erwartung verbunden, die Gegenwart auf eine sinnvolle Zukunft hin gestalten zu können. Dazu gehören freilich eine verantwortliche Risikobereitschaft und Vertrauen in die politische Handlungsmächtigkeit.

Risikobereitschaft und Vertrauen, die kreative Politik motivieren und stützen, sind aber höchst voraussetzungsvolle Handlungsdispositionen. Sie bedürfen nicht nur einer konfliktaffinen politischen Institutionenordnung – initiatives Handeln, das größere Reformen anstrebt, ist zudem auf die unterstützende Leistung politischer Erzählungen angewiesen. Politische Erzählungen flankieren große politische Initiativen und übernehmen damit eine progressive Funktion, sie haben aber auch eine spezifisch «konservative» Dimension. Politische Erzählungen stiften einen narrativen Erinnerungsraum, in dem vergangene politische Erfahrungen tradiert werden – und zwar auch solche, die nicht in politischen Institutionen aufgehoben sind. In der narrativen Bewahrung vergangener Erfahrungen liegt zugleich ein Moment der Irritation: In der «konservativen» Wiedererinnerung «vergänger Zukünfte» brechen politische Erzählungen hegemoniale Deutungen des Politischen auf und eröffnen Möglichkeitsräume für politisches Handeln.

## Politik und Erzählung

Der Zeithistoriker Lucian Hölscher hat unsere Gegenwart als einen Zeit-Raum beschrieben, in dem die Gewissheit über das «Wohin» ebenso verlorengegangen ist wie das Wissen um das «Woher»: Danach sind wir gefangen zwischen dem Verlust vergangener Zukünfte und dem drohenden Verlust unserer Gegenwartserfahrung,

die mit jenen Zukünften gebrochen hat.<sup>1</sup> Mit dem Verlust ihrer Vergangenheit hat die Gegenwart auch die Aussicht auf sinnhafte Zukünfte verloren – und damit den Optimismus, in der Gegenwart etwas bewirken zu können. Angesichts dieser Krisendiagnose fragt Hölscher, wie sich die Gegenwart als ein gestaltbarer Zeit-Raum alternativer Möglichkeiten wiedergewinnen lässt. Seinem performativen Ansatz historischer Zukunftsforschung zufolge bietet die narrative Rück Erinnerung an vergangene Zukünfte – und zwar auch an solche, die nicht realisiert wurden – einen Weg, die Gegenwart für «realistische Utopien» zu öffnen.

Innerhalb des von Hölscher zugespitzten Spannungsfeldes zwischen dem Verlust historischer Gewissheiten und der Wiedergewinnung von Handlungsoptionen kommt der politischen Erzählung eine therapeutische Funktion zu. Allerdings handelt es sich bei Erzählungen um eine ambivalente Form der Kontingenzbearbeitung. Denn es kann keineswegs unterstellt werden, dass politische Narrationen per se sinnstiftend und integrativ wirken, also zur Stabilisierung politischer Ordnungen beitragen. Erzählungen können auch Verwirrung stiften, alte Gewissheiten in Frage stellen, «hegemoniale Sinnzwänge» demontieren und «verfestigte Sinnformen» auflösen, ja sie können, wie Albrecht Koschorke pointiert ausführt, «Desorientierung» bewirken, «Unordnung» stiften und auch «Unsinn» erzeugen.<sup>2</sup> Trotz dieser Ambivalenz kommt literarischen und poetischen Narrationen eine sinnstiftende und identitätsbildende Funktion zu: «Das Erzählen trägt [...] Sinn in die Welt, versieht ihren Lauf mit Absichten und Zielen, bevölkert sie mit anthropomorphen Akteuren, bringt sie überhaupt erst in eine intelligible Form und verwandelt sie so den Menschen an, die sich in ihr nicht nur praktisch, sondern auch symbolisch einrichten müssen.»<sup>3</sup>

Diese gleichermaßen irritierende wie sinnstiftende Leistung politischer Narrationen nehmen agonale Politiktheorien auf, wie sie etwa die republikanische Denkerin Hannah Arendt und die Radikaldemokratin Chantal Mouffe entwickelt haben.<sup>4</sup> Arendt und Mouffe eint ein konfliktaffines Verständnis von Demokratie: Auf eine grundsätzlich offene Zukunft hin wird Politik als ein Handeln verstanden, das die Risiken öffentlicher Konfliktaustragung nicht scheut, sondern gesellschaftliche Wert-, Interessen- und Identitätskonflikte in der politischen Öffentlichkeit austrägt. Ungeachtet der je spezifischen Auffassungen über das rechte Verhältnis

- 
- 1 Hölscher, Lucian: Theoretische Grundlagen der historischen Zukunftsforschung. In: Hölscher, Lucian (Hg.): Die Zukunft des 20. Jahrhunderts. Dimensionen einer historischen Zukunftsforschung, Frankfurt am Main 2017, S. 8.
  - 2 Koschorke, Albrecht: Wahrheit und Erfindung. Grundzüge einer Allgemeinen Erzähltheorie, Frankfurt a. M. 2013, S. 11 f.
  - 3 Ebd., S. 11.
  - 4 Arendt, Hannah: Ziviler Ungehorsam. In: dies.: Zur Zeit. Politische Essays, hrsg. v. Marie Luise Knott, München 1989, S. 119–159; Arendt, Hannah: Macht und Gewalt, München 1990; Mouffe, Chantal: Agonistik. Die Welt politisch denken, Berlin 2014.

von Konfliktaustragung und Konfliktbegrenzung steht hier nicht der Konsens im Vordergrund, sondern die öffentlich-sichtbare Austragung von Konflikten.<sup>5</sup>

## Die «progressive» Funktion politischer Erzählungen

Die dynamische Ordnungsvorstellung agonaler Demokratietheorien akzentuiert die progressive Kraft politischer Narrationen: Politische Erzählungen flankieren politisches Handeln, das auf Veränderungen abstellt. Zwar können politische Narrationen auch darauf ausgerichtet sein, den Status quo zu legitimieren oder zu konservieren, aber darin besteht nicht ihre genuin politische Funktion. Politische Narrationen sollen zuvorderst den Mut für Veränderungen stärken. Wie Herfried Münkler schreibt, erlangen Narrationen vor allem dann große Bedeutung, «wenn Politik sich nicht in routiniertem Administrieren erschöpft, sondern einschneidende Reformen erforderlich werden oder politisches Neuland zu betreten» ist: Politische Narrationen erzeugen «Gewissheiten» in einem Bereich, der sonst der Kontingenz des Kampfes um die Macht ausgeliefert wäre: «Sie schaffen Orientierung und Zuversicht und sind damit kognitive wie emotionale Ressourcen der Politik.»<sup>6</sup>

Dieser progressiven, initiatives Handeln unterstützenden Funktion politischer Narrationen ist freilich insofern ein spezifisch konservatives Moment inhärent, als es immer auch um die Kompensation politischer Enttäuschungserfahrungen geht. Angesichts der «Aporien des Handelns», wie Hannah Arendt die politische Grunderfahrung der Unabsehbarkeit der Handlungsfolgen begrifflich gefasst hat, leisten politische Narrationen eine sinnhafte Versöhnung mit der Vergangenheit.<sup>7</sup> Sie schaffen damit die Voraussetzung dafür, dass Menschen sich trotz individueller und kollektiver Enttäuschungserfahrungen zutrauen, neben dem «negativen» oder dem «sorgenden Blick in die Zukunft» auch «positive» bzw. «konstruktive Zukunftsentwürfe» zu formulieren – und, wie Lucian Hölscher hinzugefügt hat: «zwischen beiden verantwortlich abzuwägen».<sup>8</sup>

## Die «konservative» Funktion politischer Erzählungen

Die sinnstiftende Funktion verweist bereits auf die spezifisch «konservative» Dimension von Erzählungen: Politische Narrationen gewinnen ihre Überzeugungskraft vor allem aus der Vergangenheit. Sie sind «Erinnerungsspeicher», in denen politische Erfahrungen aufbewahrt, tradiert und mit Blick auf gegenwärtige Herausforderungen normativ reflektiert werden. Im Unterschied zu politischen Institutionen, die das Ergebnis von politischen Entscheidungen sind, also davon, dass

5 Zu den Unterschieden zwischen Arendt und Mouffe vgl. Straßenberger, Grit: Kritische Renitenz. Defizite postfundamentalistischer Demokratietheorie, in: *Mittelweg* 36, Jg. 27, Heft 6, 2018, S. 65–83.

6 Münkler, Herfried: *Die Deutschen und ihre Mythen*, Berlin 2009, S. 11.

7 Arendt, Hannah: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München 1992, S. 184 f.

8 Hölscher, Lucian: *Die Entdeckung der Zukunft*, Göttingen 2016, 322 f.

zwischen verschiedenen Handlungsoptionen eine machtvolle Entscheidung für eine und damit gegen eine andere Zukunft getroffen wurde, eröffnen politische Erzählungen einen narrativen Erinnerungsraum, der auch die nicht realisierten Zukunftsentwürfe zur Sprache bringt.<sup>9</sup>

Die narrative Thematisierung vergangener Zukünfte, also die Erinnerung an jene Hoffnungen, Wünsche und aus Sicht der Zeitgenossen realistischen Möglichkeiten, die ausgeschlossen wurden, die nicht verfolgt und nicht verwirklicht wurden, birgt die Chance, «alternative Geschichtsverläufe als gleich mögliche Verläufe in ihre Darstellung einzubeziehen».<sup>10</sup> Die Erzählung der Geschichte der vergangenen Zukunft erweitert «die faktische Geschichte um die Vielzahl ihrer jeweils kontingenten Möglichkeiten».<sup>11</sup>

In der Erzählung wird die «konservative» mit der «futuristischen Kraft von Fiktionen» verknüpft: Über die narrative Wiedererinnerung an vergangene Zukünfte wird die Gegenwart zu einem offenen und damit zugleich gestaltbaren Zeit-Raum alternativer Möglichkeiten. In dieser Vermittlung zwischen der «konservativen» Revitalisierung vergessenen Erfahrungen und der prospektiven Entfaltung eines Möglichkeitsraumes liegt die kritische Funktion politischer Erzählungen. Narrationen formulieren eine Kritik gegenwärtiger politischer Praxis und damit zugleich einen Einspruch gegen hegemoniale Deutungen des Politischen. Sie setzen eingespielten politischen Praxen, etablierten Wahrnehmungsmustern und der kanonisierten Tradition politischen Denkens alternative Erzählungen entgegen. Der einen großen Geschichte, etwa der liberalen Geschichte vom Fortschritt der Menschheit hin zu einer «vernünftigen», auf rationaler Übereinkunft ausgerichteten Konsenskultur basierenden Fortschrittsgeschichte, werden Geschichten gestellt, die das rebellische, das geschichtsphilosophische Wahrheiten irritierende Element des Politischen ausstellen.

## Die kritische Funktion politischer Erzählungen

Politische Erzählungen haben gleichermaßen eine bewahrende wie eine historische und politische Gewissheiten «zerstörende» oder irritierende Funktion. Gegen die Notwendigkeit der Geschichte wird das Erzählen von Geschichten gestellt. Und gegen die Vorstellung, die Geschichte sei das letzte Gericht, wird das historische und politische Urteil der Erzählerin gestellt, die darauf besteht, dass die Vergangenheit immer auch «anders» erzählt und gedeutet werden kann. – In dieser performativen Konzeption des Politischen werden vergangenes politisches Handeln wie dessen gegenwärtige «Ergebnisse» im Lichte der nicht realisierten Handlungsmöglichkeiten und auch der nicht realisierten politischen Versprechen reinterpretiert und kritisiert.

<sup>9</sup> Vgl. Straßenberger, Grit: Über das Narrative in der politischen Theorie, Berlin 2005.

<sup>10</sup> Hölscher, a.a.O., S. 14.

<sup>11</sup> Ebd., S. 15.

Wenn Hannah Arendt in «Über die Revolution» ihre emphatische Laudatio auf die Amerikanische Revolution, der die Gründung einer republikanischen Demokratie weitgehend gelungen sei, ergänzt um die vergessene Geschichte der revolutionären Räte und diese flüchtige Erfahrung demokratischer Selbstregierung zum «uralten Schatz» des Politischen erklärt, dann ist damit ein doppelter Einspruch verbunden: gegen die elitäre Praxis der liberalen Demokratie, die das demokratische Versprechen auf politische Selbstregierung nicht ausreichend eingelöst hat, und gegen die hegemoniale politiktheoretische Deutung, die liberale Demokratie sei ein wesentlich auf die Sicherung «negativer Freiheit» gerichtetes politisches Ordnungsmodell.<sup>12</sup> Die Reduzierung des demokratischen Freiheitsversprechens auf individuelle Handlungsfreiheit ist im Urteil der politischen Theoretikerin und Erzählerin weder demokratisch, noch hält Arendt eine politische Ordnung für langfristig stabil, die das «Wagnis» politischer Freiheit scheut.

Die republikanische Denkerin wendet sich aber nicht nur gegen liberalistisch verkürzte Freiheitskonzeptionen, sondern ebenso klar gegen radikale Überhöhungen des Versprechens auf politische Selbstregierung, die keine externen Begrenzungen der an sich maßlosen demokratischen Handlungsmacht vorsehen. Aus Sicht republikanischer, politische Enttäuschungserfahrungen reflektierender Politiktheorie kann sich die Demokratie sehr wohl selbst abschaffen.

## Über die Konfliktfähigkeit der liberalen Demokratie

Die republikanische Krisendiagnose, die Praxis der liberalen Demokratie biete zu wenig Orte, Foren und Formate für die Realisierung des politischen Versprechens auf demokratische Selbstregierung und folge damit einem statischen, kurzfristig auf die Erhaltung des Status quo gerichteten Stabilitätsverständnis, hat die radikale Demokratietheorie liberalismuskritisch zugespitzt: Danach befördere die liberale Praxis demokratischer Elitenherrschaft und die diese Praxis normativ stützende Theorie des Politischen Liberalismus nicht nur eine resignative Ent-Politisierung, sondern auch eine empörte Re-Politisierung, die zu einer das liberal-demokratische Ordnungsregime destabilisierenden Konfliktverschärfung führen kann.<sup>13</sup>

Die Frage nach dem «rechten Maß» zwischen Bewahren und Verändern, zwischen Konservativem und Revolutionärem lässt sich in liberalen Ordnungen nicht endgültig entscheiden. In dieser Frage konkurrieren politische Entscheidungseliten und Gegeneliten, politische Eliten und Deutungseliten sowie Deutungseliten untereinander. Auch dies – der Kampf um Deutungshoheit – gehört zum normativen Selbstverständnis liberaler Ordnungen. Gleichwohl gewinnt die «alte» Frage, wie viel Konflikt und welche Formen der Konfliktaustragung die liberale Demokratie verträgt, angesichts populistischer Infragestellungen des liberal-demokratischen Ordnungsmodells an Brisanz. Zur Disposition stehen

<sup>12</sup> Arendt, Hannah: Über die Revolution, München 1994.

<sup>13</sup> Vgl. Mouffe, Chantal: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt am Main 2007; Jörke, Dirk/Selk, Veith: Theorien des Populismus zur Einführung, Hamburg 2017.



nicht nur die politischen Führungseliten, die Wirtschaftseliten, die Medieneliten und die wissenschaftlichen Eliten, sondern auch die etablierten Institutionen gesellschaftlicher Interessenvermittlung und öffentlicher Politikberatung sowie, sehr grundsätzlich, die politische Kultur demokratischer Konfliktaustragung.

Der performative Republikanismus bietet keine finale Lösung für die populistische Selbstgefährdung demokratischer Ordnungen, eröffnet aber sehr wohl einen politischen Denkhorizont. Dazu gehört die stabilitätspolitische Überlegung, dass freiheitliche Ordnungen langfristig nur dann stabil sind, wenn die – für das Politische konstitutive – politische Konfliktkultur institutionell gestützt und narrativ unterstützt wird. Dabei kann und soll nicht ausgeschlossen werden, dass etablierte politische Routinen und Praxen wie die sie flankierenden politischen Ideologien (nachhaltig) destabilisiert werden. Aber diese Destabilisierung wird durch eine narrative Kontingenzbearbeitung «abgefedert», die einen politischen Erinnerungsraum eröffnet, in dem die vergessenen politischen Utopien und die nicht realisierten politischen Versprechen aufgehoben sind und aus dem sie reaktiviert werden können.

Gegen die Zufälligkeit, Wandelbarkeit und Fragilität politischer wie epistemischer Ordnungen setzt der performative Republikanismus die narrative Stiftung neuer oder die Revitalisierung alter Sinnbezüge. Das unterscheidet ihn zum einen von der radikalen Demokratietheorie, die keine «externen» Begrenzungen demokratischer Handlungsmacht vorsieht, sondern ganz auf die Selbstbegrenzungsfähigkeit politischer Konfliktakteure in der «wilden Demokratie» setzt. Zum anderen grenzt er sich vom Liberalismus ab, der durch die rationalistische Normierung pluralistischer Wertkonflikte den Raum politischer Dissenskommunikation derart einschränkt, dass politische Alternativen innerhalb des demokratischen Rahmens kaum noch artikuliert werden können. Der performative Republikanismus will einen politischen Möglichkeitshorizont eröffnen, an dem sich demokratisches Denken und Handeln orientieren kann, das gegen die derzeit wieder so attraktiven Verfallsdiagnosen aufbegehrt und bereit ist, «realistische Utopien» zu entwickeln. Gerade in der gegenwärtigen pandemischen Lage, in der Politik und Gesellschaft einem enormen Stabilitätstest ausgesetzt sind, bedarf es des Vertrauens in die Problemlösungsfähigkeit der Demokratie. Republikanische Narrationen, die im Wissen um die Fragilität des Politischen von Enttäuschungserfahrungen und ihrer politischen Bearbeitung erzählen, generieren und unterstützen demokratisches Vertrauen.

# LITERATUR

- ARENDT, Hannah: Ziviler Ungehorsam. In: dies.: Zur Zeit. Politische Essays, hrsg. v. Marie Luise Knott, München 1989, S. 119–159.
- ARENDT, Hannah: Macht und Gewalt, München 1990.
- ARENDT, Hannah: Vita activa oder Vom tätigen Leben, München 1992.
- ARENDT, Hannah: Über die Revolution, München 1994.
- HÖLSCHER, Lucian: Die Entdeckung der Zukunft, Göttingen 2016.
- HÖLSCHER, Lucian: Theoretische Grundlagen der historischen Zukunftsforschung. In: Hölscher, Lucian (Hg.): Die Zukunft des 20. Jahrhunderts. Dimensionen einer historischen Zukunftsforschung, Frankfurt am Main 2017, S. 7–37.
- JÖRKE, Dirk/Selk, Veith: Theorien des Populismus zur Einführung, Hamburg 2017.
- KOSCHORKE, Albrecht: Wahrheit und Erfindung. Grundzüge einer Allgemeinen Erzähltheorie, Frankfurt a. M. 2013.
- MOUFFE, Chantal: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt am Main 2007.
- MOUFFE, Chantal: Agonistik. Die Welt politisch denken, Berlin 2014.
- MÜNKLER, Herfried: Die Deutschen und ihre Mythen, Berlin 2009.
- STRASSENBERGER, Grit: Über das Narrative in der politischen Theorie, Berlin 2005.
- STRASSENBERGER, Grit: Kritische Renitenz. Defizite postfundamentalistischer Demokratietheorie, in: *Mittelweg* 36, Jg. 27, Heft 6, 2018, S. 65–83.



## **Das Progressiv-konservativ-Paradox**

### Vier Beiträge über Verändern und Bewahren

«Progressiv» und «konservativ» sind Grundbegriffe, die fest im politischen Raum verankert sind und ihm Orientierung geben. Dabei werden sie in der Regel als gegensätzlich verstanden. Aber ist zum Beispiel eine Politik, die auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen geht, progressiv oder konservativ? Und wie steht es um ein Bewahren, das sich auf den Schutz errungener Freiheiten richtet?

Die vier Beiträge dieses Sammelbandes versuchen Klarheit in die Sache zu bringen, beschreiben die ideen- und begriffsgeschichtlichen Grundlagen der Begriffe und machen sie fruchtbar für eine Politik notwendiger Veränderungen.

ISBN 978-3-86928-225-1